

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentel: Eduard Steindörner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preiszelle oder deren Raum 50 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter.

Deutschland in der Welt voran! So hat vor einigen Jahren der damalige Reichskanzler Bülow in schön gespielter Begeisterung ausgerufen und dieses Wort ist von dienstwilligen Zungen eifrig wiederholt worden. Wir haben es in der Tat „herzlich weit gebracht“ im Deutschen Reich, und manche Dinge, wie der preussische Leutnant, um mit Wisniewski zu reden, macht uns kein Volk der Erde nach. Eine Frage ist es nur, ob wir in Hinblick auf die Gebiete, auf welchen Deutschland an der Spitze marschiert, besondere Ursache haben, stolz zu sein. Eines steht jedenfalls fest, hinsichtlich der materiellen Lage der Arbeiterklasse steht Deutschland nicht an der Spitze der Nationen. Beansprucht das Deutsche Reich die Führung im Rate der Völker, dann müßte es vor allem Wert darauf legen, die breiten Volksmassen wirtschaftlich zu heben, denn mit einem darbenenden Volke, mit einer materiell gedrückten Arbeiterschaft erobert man heute ebenso wenig die Welt wirtschaftlich, wie man es in früheren Zeiten kriegerisch tat.

Unsere Nachahmer lassen sich freilich von solchen Erwägungen nicht leiten. Die Vereinerung der Reichen ist ihr Ideal. Um einer Handvoll Junker, die ein Parasitenleben führen, die Taschen zu füllen, werden dem deutschen Volke die Nahrungsmittel auf das ungeheuerlichste veräußert. Und den Versuch der Arbeiter, durch die Erhöhung ihres Einkommens einen billigen Ausgleich zu schaffen, tritt der Staat mit allen seinen Machtmitteln hindernd in den Weg. Nicht genug an den bestehenden Gesetzen, welche die Ausübung des Koalitionsrechtes aufs äußerste erschweren, trägt man sich mit der Absicht, Ausnahmegesetze zu schaffen, die jeden Versuch der Arbeiter, ihre materielle Lage zu verbessern, im Keime ersticken sollen.

Unter diesen Verhältnissen ist es auf das Lebhafteste zu begrüßen, wenn an der Hand konkreter Materials der schlüssige Beweis erbracht wird, wie weit die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter hinter der der Arbeiter in anderen Ländern zurücksteht. Dr. Karl v. Tizka hat diese Beweisführung in einem kürzlich im Verlag von Gustav Fischer in Jena erschienenen Buche mit dem Titel „Die Lebenshaltung der arbeitenden Massen“ unternommen, und man muß ihm zugestehen, daß ihm dieselbe vorzüglich gelungen ist. Als Unterlage benutzt v. Tizka die Ergebnisse der Untersuchungen, welche das englische Handelsamt in den Jahren 1905 bis 1909 über die Lage der arbeitenden Massen in England, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika veranstaltet hat. Diese Untersuchungen sind mit großer Sorgfalt an Ort und Stelle in einer großen Zahl von Städten vorgenommen worden und erstrecken sich einerseits auf die Löhne und die Arbeitszeit, andererseits auf die Preise der Wohnungen und der notwendigsten Lebensbedürfnisse.

Bei der Erhebung über die Löhne und die Arbeitszeit sind die verschiedensten Gewerbe in Betracht gezogen worden, doch hat sich das Handelsamt zur Vereinfachung der Durchschnittslöhne und der durchschnittlichen Arbeitszeit der einzelnen Länder auf das Baugewerbe (umfassend Maurer, Zimmerer, Stuckateure, Maler, Bauhilfsarbeiter und Tischler), die Metallverarbeitung (Möbelfeger, Monteure, Eisendreher, Schmiede, Modelleure und ungelehrte Arbeiter) und das Buchdruckgewerbe gestützt. Zieht man das Resultat aus diesen Vergleichen, dann ergibt sich, wenn man Arbeitszeit und Lohn in England jeweils als 100 annimmt, daß die entsprechenden Zahlen lauten: Für das Baugewerbe in Deutschland Lohn 75, Arbeitszeit 110, Frankreich 69 und 120, Belgien 59 und 128, Amerika 243 und 89. Im Metallverarbeitungs- und Maschinenbaugewerbe: Deutschland 85 und 112, Frankreich 81 und 114, Belgien 66 und 114, Amerika 213 und 106. Im Buchdruckgewerbe: Deutschland 83 und 103, Frankreich 85 und 113, Belgien 69 und 114, Amerika 246 und 93. Für alle drei Berufsgruppen zusammen ergeben sich, wiederum England als 100 angenommen: Deutschlands 83 und 111, Frankreich 75 und 117, Belgien 63 und 121, Amerika 232 und 93. Das heißt also: Der deutsche Arbeiter erhält nur 83 Proz. des Lohnes eines englischen Arbeiters, er muß aber um 11 Proz. länger arbeiten.

Die Vergleichsmöglichkeit wird erleichtert, wenn man Arbeitszeit und Lohn kombiniert, also den durchschnittlichen Stundenlohn berechnet. Das Verhältnis stellt sich dann folgendermaßen dar:

England	Deutschland	Frankreich	Belgien	Amerika
100	75	61	53	240

Der Lohn des deutschen Arbeiters ist also um 25 Proz. niedriger als der des englischen Arbeiters. In Frankreich und Belgien ist der Lohn freilich noch niedriger, dagegen erhält der amerikanische Arbeiter fast ein- und einhalbmal mehr Lohn als der Engländer.

Zur richtigen Bewertung dieser Ziffern müssen natürlich die Preise der Lebensbedürfnisse in den einzelnen Ländern untersucht werden. Das geschieht in recht sorgfältiger Weise, doch können wir uns hier nicht in die Einzelheiten vertiefen. Bei der Untersuchung der Wohnungspreise ist beispielsweise berücksichtigt, daß der deutsche Arbeiter meist in großen Mietkasernen wohnt und dort eine zwei- oder dreiräumige Wohnung (ein oder zwei heizbare Zimmer und Küche) inne hat, während der englische Arbeiter das Ein- oder Zweifamilienhaus bevorzugt, in welchem er eine vier- bis fünfzimmrige Wohnung bewohnt. Bei dem Aufwand für Nahrungsmittel wird festgestellt, daß insbesondere bei Fleisch und Brot der Verbrauch des deutschen Arbeiters ein geringerer, der darauf verwendete Geldbetrag infolge der weit höheren Preise in Deutschland aber größer ist, und zwar ist die Belastung verhältnismäßig um so größer, je geringer das Einkommen ist. Unter Berücksichtigung aller dieser Momente kommt v. Tizka zu einer zusammenfassenden Uebersicht des Verhältnisses der Arbeitswerte zu den Kapitalwerten in den einzelnen Ländern in Prozenten des Verhältnisses in England, welcher wir die nachstehenden Hauptzahlen entnehmen:

	Lohn- einkommen		Lebensmittel- preise		Bilanz		
	Kombi- nation: Lohn und Ar- beitszeit (Stun- den- lohn)	Miets- rente	Aus- gaben eines Eng- länder in dem betref- fenden Lande	Aus- gaben eines Ar- beiters des be- treffenden Landes in Eng- land	Gesamt- einkom- men	Ausgaben Kombi- nation: Miet- rente mit Lebens- mittel- preisen nach dem eng- lischen Budget	Kombi- nation: Miet- rente mit Lebens- mittel- preisen nach dem Budget des betref- fenden Landes
England	100	100	100	100	100	100	100
Deutschland	75	123	118	103	75	119	111
Frankreich	61	98	118	106	61	114	104
Belgien	52	74	102	98	52	96	93
Amerika	240	207	138	125	240	152	141

Zur Erläuterung dieser Tabelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß es sich nicht um absolute Zahlen, sondern um einen Vergleich mit England handelt; sämtliche Werte sind also für England mit 100 angenommen. Bei den Lebensmittelpreisen sind die Vergleiche in zweierlei Weise gezogen. In der einen Rubrik ist die Menge der Lebensbedürfnisse eines Engländers zugrunde gelegt und hiernach der Preis berechnet, der in den anderen Ländern gezahlt werden muß. In der zweiten Rubrik ist jedoch angenommen, daß ein Arbeiter des anderen Landes die Lebensbedürfnisse, die er in seiner Heimat gewohnt ist, nach englischen Preisen bezahlt. In der Bilanz sind die Einkommen den Ausgaben gegenübergestellt. Bei letzteren ist die Ausgabe für Miete und Lebensmittel zu einer Ziffer zusammengezogen, und zwar nach den eben erläuterten beiden Methoden.

Vergleichen wir nunmehr die Lage des deutschen Arbeiters mit der seines englischen Kollegen, dann ergibt sich, daß der deutsche 25 Proz. weniger verdient, daß er aber 23 Proz. mehr an Miete bezahlen muß. Sein Lebensmittelaufwand ist um 8 Proz. teurer als in England. Er nähert sich aber schlechter als der Engländer, denn wenn sein Nahrungsmittelkonsum so groß wäre wie der des Engländers, dann müßte er sogar 18 Proz. mehr dafür zahlen als dieser. Zieht man die Ausgaben für Miete und Lebensmittel zusammen, dann ergibt sich als Fazit: Der Lohn des deutschen Arbeiters ist um 25 Proz. niedriger, aber seine Ausgaben sind um 11 bzw. 19 Proz. höher als die des Engländers. Der deutsche Arbeiter bezieht zwar bedeutend höhere Löhne als der französische und belgische, er ist aber kaum besser gestellt als der Arbeiter in diesen Ländern, da weder in Frankreich noch in Belgien die Lebensmittelpreise und vor allem die Mietrenten so enorm hoch sind als in Deutschland.

Zur Erklärung dieser Erscheinung weist v. Tizka darauf hin, daß die Bilanz erkennen läßt, wie in Ländern mit oligarchischer Verfassung, in denen einzelne kapitalistische Klassen begünstigt und bevorzugt werden, die Grund-

rente (Mietrente) im Verhältnis zum Arbeitslohn un- gemein hoch ist. (Deutschland.) Sie zeigt ferner den Ein- fluß eines agrarischen Schutzzolles auf die Preise der wich- tigsten Lebensmittel. (Deutschland und Frankreich.) Die hohen Mietrenten, die hohen Lebensmittelpreise — in Verbin- dung mit geringen Löhnen — charakterisieren den feuda- l-kapitalistischen Klassenstaat. Der größte Teil der neugeschaffenen Arbeitswerte fließt in Gestalt der Miet- renten an die städtischen Grundbesitzer. Hierzu gesellt sich die Belastung seitens der ländlichen Grundrente, die sich dem städtischen Arbeiter in einer ständigen Verteuerung seiner notwendigsten Lebensmittel fühlbar macht. Im Interesse eines verschwindenden Teils der Bevölkerung, der Großgrundbesitzer des Ostens, wird die notwendige Einfuhr von Getreide und Mehl, Vieh und Fleisch durch hohe Zölle oder andere Einfuhrbeschrän- kungen künstlich unterbunden. Die Folgen dieser Politik machen sich gerade gegenwärtig besonders fühlbar und eine jetzt ausgesprochene Erhebung würde zweifellos ergeben, daß die Lage des Arbeiters in Deutsch- land, im Vergleich zu der des englischen Arbeiters, noch viel ungünstiger ist, als die vorliegende Statistik ergibt.

Bis zu einem gewissen Grade sind die Gewerks- schaften imstande, dem ungünstigen Einfluß der herr- schenden Zustände entgegenzuwirken. Ihrer starken Ge- werkschaftsbewegung haben es auch die deutschen Arbeiter zu danken, daß ihre Lebenshaltung nicht noch tiefer herab- gedrückt ist. Immer und immer wieder machen die Gewerks- schaftlichen Vorstände, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, wobei sie nicht nur den Widerstand des Unternehmertums, sondern auch den der Staatsgewalt zu überwinden haben. Alle gewerkschaftlichen Erfolge werden jedoch in Frage ge- stellt durch die fortwährend steigenden Preise der Lebens- bedürfnisse. Die Erkenntnis der Ursachen führt uns aber auf den Weg der Abhilfe. Wir müssen bestrebt sein, die Klassenherrschaft in Deutschland zu be- seitigen. Nicht die Sonderinteressen einer kleinen, be- vorrechteten Schicht, sondern das Wohlergehen des gesam- ten Volkes muß das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik werden. Der Arbeiter muß sich auch politisch betätigen, denn seine wirtschaftlichen Verhältnisse sind im hohen Maße von dem Gang der Politik abhängig. Nicht das eine oder das andere, sondern beides ist notwendig, die politische sowohl als die gewerkschaftliche Organisation, und nur der Arbeiter hat seine Pflicht erfüllt, der sich auf beiden Gebieten nach Kräften betätigt.

Ragnit — Langendiebach — Frankenberg.

N. Der Kampf unserer Kollegen bei der Millionens- firma J. Brüning u. Sohn in Ragnit ist mit vollem Erfolge beendet. Was noch vor wenigen Wochen vollkommen unmöglich schien, ist heute zur erfreulichen Tatsache gewor- den: Nicht nur die materiellen Forderungen unserer Kol- legen in Ragnit wurden in ganzem Umfange erfüllt, auch in den übrigen Betrieben der Firma in Langendiebach und Frankenberg sind für die Arbeiter und Arbeiter- rinnen ganz bedeutende Verbesserungen erzielt worden, und das Ganze ist durch einen zwischen unserem Verbands und der Firma abgeschlossenen Tarifvertrag für eine bestimmte Zeitdauer festgelegt.

Den Ausgangspunkt dieser Bewegung bildete das Vor- gehen unserer Kollegen in Ragnit im Frühjahr dieses Jah- res. Wider Erwarten kam es trotz der in den bescheiden- sten Grenzen gehaltenen Forderungen nicht zu einer Ver- ständigung; im Gegenteil antwortete die Firma ihrerseits mit dem Verlangen der materiellen Erfahrungsleistung unseres Verbandes für jeden Schaden, der im Be- triebe von Verbandsmitgliedern verursacht würde. Darauf einzugehen, war einfach unmöglich und als die Firma trotz- allen von uns geltend gemachten Bedenken an dieser Forde- rung festhielt, mußten wir annehmen, daß es ihr um einen ehelichen Frieden nicht mehr zu tun war, und richteten uns dann ebenfalls auf den Kampf ein. Am 8. Juli stell- ten im Ragniter Betriebe, nachdem ein Versuch der Direk- tion, durch weitgehende materielle Versprechungen an ein- zeln Leute Unfrieden in die Reihen zu bringen, nicht ge- scheitert war, 99 Kollegen und 4 Kolleginnen die Arbeit ein.

Die Firma Brüning u. Sohn gehörte bisher in erster Linie mit zu denjenigen, die sich durch eine entsetz- liche Feindschaft gegen die Organisation auszeichneten. Dabei übte sie sich nicht allein auf ihre kapitalistische Hebermacht, es kam ihr auch die recht mangelhafte Orga- nisation der Arbeiter unter sich — besonders im Bauwesen in Langendiebach — zugute. Im Ragniter Betriebe mit

zirka 130 und im Frankfurter Betrieb mit zirka 70 Beschäftigten war die Organisation schon etwas besser. Auch der Umstand, daß eine große Anzahl sogenannter ungelerner, jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte in dieser Branche — Holzschneiderei, Zigarrentisten- und Wädelstofffabrik — beschäftigt werden, trug nicht dazu bei, das Selbstvertrauen und den Organisationsgeist der Arbeiterschaft zu heben. Die 400 Arbeiter und Arbeiterinnen des Langendiebacher Betriebes hatten in ihrer Mehrheit den Weg zum Verband noch nicht gefunden, als dieser infolge der geschilderten Umstände den Kampf mit der Firma aufnehmen mußte.

In Magnit (zur Zahlstelle Tisfit gehörig) lief in diesem Frühjahr der Feinzeit vom Fabrikarbeiterverband abgeschlossene Vertrag ab, der übrigens zum Schluß zwar eine Verkürzung der Arbeitszeit von 63 auf 60 Stunden pro Woche vorsah, ohne jedoch dafür irgendeine Lohnserhöhung oder auch nur den Lohnausgleich zu bringen. Das bedeutete bei den ohnehin äußerst miserablen Lohnverhältnissen des Ostens für die Arbeiter eine kaum zu ertragende materielle Verschlechterung. Da sich dieselben nun inzwischen unserem Verband angeschlossen hatten, ergab sich für uns von selbst die Pflicht, mit entsprechenden Lohnforderungen an die Firma heranzutreten, wobei sich alsdann das gekennzeichnete Resultat entwickelte. Unsere Tisfit-Verwaltung, in deren Händen die Führung der Bewegung lag, ging mit ihren Wünschen bis zum äußersten zurück, da anscheinend mancherlei Vorbedingungen für die erfolgreiche Durchführung eines Kampfes fehlten und ein solcher daher unsererseits gerne vermieden worden wäre. Doch das wurde, wie gesagt, durch die Firma selbst vereitelt.

Obgleich bei Beginn des Kampfes blieben in Magnit 16 Arbeiterinnen und 10 Arbeiter als Arbeitswillige stehen. Zu diesen holte sich die Firma nach einigen vergeblichen Versuchen weitere 50 Arbeitswillige der allerberühmtesten Sorte aus Hamburg, wo sich diese Elemente seit Beendigung des vorjährigen Kampfes tatenlos herumtreiben. Damit sollte ja nun der Kampf für die Arbeiter endgültig aussichtslos geworden sein, so jubelte es im kapitalistischen Blätterwald. Doch die Streikbrecher trieben es schließlich ein bißchen gar zu toll. Die verstehen sich auf Messerspitzen und Revolverstößen besser wie auf die Ausführung der ihnen zugeordneten Arbeiten, und was ihnen an letzterer Qualität abgeht, das ersetzen sie reichlich durch die von ihnen probozierten Exzesse, wobei erfahrungsgemäß kein Mensch seines Lebens mehr sicher ist. Wie in allen sonstigen Fällen mußten sich auch unsere wackeren Magniter Kämpfer bei der Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes den Anfeindungen und Bedrohungen der Streikbrecher aussetzen, wobei es schließlich so weit gekommen ist, daß sogar ein braver gänzlich unbeteiligter Arbeiter erschossen wurde. Hierbei hat auch ein sogenanntes Gewerkschaftsblatt, nämlich die Hirsch-Dunderjäger „Eiche“, ganz offensichtlich gegen unsere Hirschen Partei ergriffen, und auch später, als zur Aufrechterhaltung der durch die Streikbrecher bedrohten öffentlichen Ordnung Militär herbeigeholt wurde, schrieb die „Eiche“:

„Wir können nach den vorliegenden Berichten zu keinem anderen Resultat kommen, als daß in diesem Falle die Arbeiter selbst das Herbeirufen von Militär veranlaßt haben. Ob durch solche Taktik der Sieg sich an die Fahne der streikenden Holzarbeiter heften wird, ist mehr wie zweifelhaft.“

Auf solche Tonart ist übrigens jede einzelne Nummer dieses Wursflätchens gestimmt, was wir bei dieser besonderen Gelegenheit nur nebenbei kennzeichnen wollen.

Bei diesem schweren Kampfe galt es für unseren Verband, den Magniter Kollegen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Hilfe zu kommen. Infolge des Streiks ging in den übrigen Betrieben der Firma, deren sie je einen in Frankenberg i. Sa. und in Langendiebach bei Hanau besitzt, das Geschäft bald desto flotter. Hätten wir die Bewegung auf Magnit beschränkt, dann wäre der Firma die Möglichkeit geblieben, einen Teil ihrer Arbeiterschaft gegen den anderen auszuspielen und der Streik in Magnit hätte schließlich seinen Zweck vollständig verfehlen können. Das war sehr bald durchschaut und infolgedessen gingen auch die Kollegen in den anderen Betrieben mit Forderungen vor. Wäre es auch hierbei zu einer Verständigung nicht gekommen, dann standen in kurzer Zeit sämtliche 600 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma im Kampfe.

Als dieser Tatbestand der Firma durch die einstimmig beschlossene und durchgeführte Kündigung der Arbeiterschaft in nicht mißzuverstehender Weise vor Augen trat, scheint sie doch zu einer anderen Auffassung gekommen zu sein. Vor wenigen Wochen noch wurde unser Bauvorsteher, als er in Langendiebach ein persönliches Vorkommnis veranfaßte, barock abgewiesen, während Ende voriger Woche, als Herr Oberbürgermeister Dr. Gebeschütz in Hanau sich der Sache annahm, mit einem Male die Bahn für Verhandlungen frei war. Am 23. August traten auf dessen Einladung die Parteien im Rathaus zu Hanau zu einer Vorbesprechung zusammen. Es sollte zunächst verhandelt werden über die Differenzen im Langendiebacher Betrieb, doch stellte der Vertreter unseres Vorstandes sofort das Verlangen, die Forderungen für Magnit und Frankenberg gleichzeitig mit zu verhandeln und die beiderseitigen Vertreter aller drei Orte zusammenzubringen. Dem wurde nunmehr ohne weiteres stattgegeben. Am 25. August waren die Vertreter zur Stelle und die Verhandlungen nahmen ihren Anfang.

Wenn jemals, so hatten unsere Vertreter in diesem Falle von vornherein mit einem starken, gegen sie gerichteten Vorurteil zu rechnen. Der Inhaber und Hauptvertreter der Firma, Herr Direktor v. Mallik, sah sich zum erstenmal in seinem Leben gezwungen, mit den Gewerkschaftsvertretern an einem Tisch Platz zu nehmen und über die Arbeitsverhältnisse in seinen Betrieben mit sich reden zu lassen, und er machte gar kein Hehl daraus, daß ihm das nicht gerade leicht geworden sei. Um so mehr freut es uns, daß unsere Vertreter in der Lage waren, die vorhandenen Vorurteile bald gänzlich zu beseitigen, um dann in durchaus sachlicher, aber trotzdem entschiedener Weise

die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Als am Schluß des vierten Tages ein für beide Teile auf der ganzen Linie befriedigendes Resultat erreicht war, gestand man sich beiderseits ganz offen ein, daß zu dem früheren ungewissen Mißtrauen zueinander offenbar gar kein Grund vorgelegen habe.

Was hat nun diese — sowohl für die Kollegen des Ostens als auch für die in den übrigen Orten der Riffenbranche so außerordentlich bedeutungsvolle Bewegung den Arbeitern gebracht? Dabei stehen gar nicht einmal die materiellen Errungenschaften an erster Stelle. Wichtig ist zunächst, daß von nun an unsere Organisation als die Sachwalterin der Interessen der Arbeiterschaft von der Firma anerkannt wurde, ferner daß die Rechte der Arbeiterausschüsse gesichert sind und stets ein Vertreter unseres Verbandes bei etwaigen Differenzen mit hinzuziehen ist, und daß außerdem die Lohn- und Akkordverhältnisse bis ins kleinste geregelt und durch Tarifvertrag festgelegt sind. Das ist eine gute Basis, auf welcher, wenn die Arbeiterschaft auch weiterhin unter sich treu zusammenhält und fest zu ihrer Organisation steht, in der Zukunft mit Erfolg weitergearbeitet werden kann.

Daneben brachte die Bewegung aber auch ganz ansehnliche materielle Verbesserungen für alle Kollegen und Kolleginnen. Verkürzung der Arbeitszeit innerhalb einiger Jahre um 3 bis 6 Stunden pro Woche, das darf gewiß nicht unterschätzt werden, und ebenso bedeuten die vereinbarten Mindestlöhne nebst Erhöhung aller bestehenden Löhne sowie die zirka 14 Proz. betragenden Akkordpreiserhöhungen einen gewaltigen Fortschritt, der nur erkämpft werden konnte durch eine festgefügte Organisation, als welche sich abermals unser Verband auf das glänzendste bewährt hat.

Während so unsere Kollegen mit Freude und Stolz auf den Verlauf dieser Bewegung zurückblicken, stehen die Verräter und ihre versteckten Gönner von der Hirsch-Dunderjäger „Eiche“ als die blamierten und gebrandmarkten Judas abseits und müssen es sich gefallen lassen, daß sie von der gleichen Verachtung der Bevölkerung begleitet von dem Schauplatz ihrer „rühmreichen“ Tätigkeit mit dem gleichen Augenblick verschwinden müssen, an welchem unsere Kollegen an ihre Plätze zurückzukehren beschlossen haben. Und das ist nicht das Uninteressanteste an der ganzen Bewegung, daß die Firma ihre Schützlinge gar nicht schnell genug los werden kann, um dafür die alten Arbeiter wieder einstellen zu können.

Nun, Ihr Arbeiter und Kolleginnen der Riffenbranche, Ihr Kollegen und Kolleginnen aus den übrigen Betrieben in Hanau und Frankenberg, Ihr Holz- und Sägereiarbeiter des Ostens! Werdet auch Ihr jetzt einsehen, wo Eure Interessen mit Erfolg vertreten werden? Auch für Euch gibt es noch einmal ein besseres Los, wenn Ihr nur selber so wie Eure Kollegen im vorliegenden Falle Mann für Mann dem deutschen Holzarbeiterverbande beitrete!

Statistik.

Die Statistik findet in den deutschen Gewerkschaften eine eifrige Pflege. Zwar ist die gewerkschaftliche Statistik nicht so umfassend wie die amtliche, welche, da ihr die staatlichen Nachmittel zur Verfügung stehen, umfasser ist, das in Angriff genommene Gebiet völlig zu erschöpfen, aber sie hat trotzdem wichtige Aufgaben zu erfüllen. Auf manchen Gebieten, es sei nur an die Streikstatistik erinnert, sind die Ergebnisse der amtlichen Erhebung so mangelhaft, daß die daneben aufgenommenen Gewerkschaftsstatistiken ganz unerlässlich sind. Andere Gebiete, welche zu erschöpfen für die Gewerkschaften durchaus notwendig ist, läßt die amtliche Statistik überhaupt unberücksichtigt. Wenn es auch bei den von den Gewerkschaften vorgenommenen Erhebungen in den meisten Fällen nicht gelingt, in alle Einzelheiten einzuführen, so helfen diese Statistiken doch, indem sie bei der Aufnahme und der Verarbeitung des Materials mit der erforderlichen Sorgfalt verfahren wurde, einer nicht zu unterschätzenden Wert.

Das gilt insbesondere auch für die von unserer Verbandsleitung herausgegebenen statistischen Arbeiten, die nicht weit über die Kreise unserer Verbandsmitglieder hinaus aufmerksame Beachtung finden. Ein gleich gültiges Recht kann allerdings nicht über alle Gewerkschaftsstatistiken gestellt werden. An solchen statistischen Untersuchungen ist ja kein Mangel und es ist zuzugeben, daß man auf diesem Gebiet auch manchmal des Guten zu viel getan wird. Die eifrige Pflege, welcher sich die Statistik in den Gewerkschaften erfreut, einem tatsächlich vorhandenen Beharrungsvermögen entspricht. Nicht selten muß aber der kritische Beurteiler der Ergebnisse solcher Statistiken die Erfahrung machen, daß bei den Bearbeitern der gute Wille mit dem Können nicht gleichen Schritt gehalten hat. Sie haben sich recht viel Mühe gegeben und viel Arbeit auf ihr Werk verwendet, das Produkt kann aber nicht überzeugen, weil der Plan vielleicht schon in seiner Anlage mangelhaft war. Erst dann zu dem mangelhaften Produkt eine unzulängliche Bearbeitung, dann kommt, wenn diese überhaupt zu Ende geführt wird, ein Werk heraus, an dem niemand eine rechte Freude hat.

Es ist deshalb lebhaft zu begrüßen, daß die Zentralstelle für das Arbeiterstudium der deutschen Sozialdemokratie in Leipzig als dieses Jahr ihrer Sammlung von Untersuchungen ein kleines Lehrbuch für die Statistik herausgegeben hat. Der Verfasser des Buches, Dr. Adolf Braun, ist den deutschen Arbeitern

kein Unbekannter. Insbesondere sind ihm die Gewerkschaften zu Dank verpflichtet, hat er doch ihr geistiges Nützliches um manche gute Waffe bereichert. Auch die vorliegende Schrift muß als eine sehr dankenswerte Arbeit bezeichnet werden, die jeder Gewerkschaftsfunktionär, der sich mit der Arbeit trägt, irgendeine Statistik aufzunehmen, aufmerksam studieren sollte. Auch solche Kollegen, die sich bereits mit statistischen Arbeiten beschäftigt haben, werden darin nützliche Anregungen finden.

Die Statistik ist methodische Massenbeobachtung. „Durch die Zusammenfassung aller zu beobachtenden Größen soll das Kennzeichnende, das Gemeinsame, das für die Massen Maßgebende und Bedeutungsvolle in Erscheinung treten, und so sollen die zufälligen Erscheinungen, die dem Einzelwesen oder der Einzelercheinung anhaften, als nicht wesentlich, weil nur in geringer Zahl auftretend, erkannt werden.“ Aus dieser Begriffsbestimmung ergibt sich für die gewerkschaftliche Statistik die Lehre, daß der Rahmen einer aufzunehmenden Erhebung nicht zu eng gefaßt sein darf, wenn man verhindern will, daß das Massenbild, welches man erlangen will, durch dem Einzelnen anhaftende Zufälligkeiten getrübt oder verzerrt wird. Je größer die Zahl derer ist, die von der Erhebung erfaßt wurden, desto genauer, wertvoller und in ihren Ergebnissen zwingender werden die Resultate sein. Das gilt für die von den Gewerkschaften aufzunehmenden Statistiken im allgemeinen. Bei manchen Erhebungen, wie z. B. über Haushaltungskosten, wird man sich allerdings mit einem wenig umfangreichen Material begnügen müssen, weil es schwer ist, genau und zuverlässig geführte Aufzeichnungen in größerer Zahl zu erlangen. Man braucht deshalb auf derartige Aufnahmen nicht zu verzichten, wird aber seine Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen mit um so größerer Vorsicht ziehen müssen.

Eine Beobachtung, die man bei gewerkschaftlichen Statistiken nur zu oft machen muß, ist die Tatsache, daß der Fragesteller nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Fragestellung muß klar, von jedem Zweifel, jeder Zweideutigkeit frei sein, sie darf nicht erwidern, sie darf nicht Anforderungen an den Befragten stellen, denen er nicht entsprechen kann, sie muß auf Tatsachen gerichtet sein, die der Befragte überschauen kann, die Fragen müssen Verhältnisse der Gegenwart oder einer ganz nahen Vergangenheit feststellen lassen. Das sind Grundregeln, gegen die es genug verstoßen wird. Bei jeder einzelnen Frage wird man erfragen müssen, daß sie jedes Mißverständnis ausschließt. Sie soll nicht nur für den Fragesteller klar und zweifelsfrei sein, sondern der einfache Befragte soll sofort erkennen können, um was es sich handelt. Wenn man sich hüten, dem Befragten die Antwort in den Mund zu legen und bemüht sein, die Fragen so zu formulieren, daß sie möglichst mit ja oder nein oder mit einer

Zahlenangabe beantwortet werden können. Braun empfiehlt, den Fragebogen vor der Drucklegung noch auszuprobieren, indem man ihn hektographisch vervielfältigt und ihn dann von 20 Arbeitern verschiedener Intelligenzstufe ausfüllen läßt. Auf diese Weise wird man auf Fehler in der Fragestellung aufmerksam, die auch dem tüchtigsten berufsmäßigen Statistiker unterlaufen können. Man erkenne dabei auch sonstige anscheinend unbedeutende äußerliche Mängel, die aber trotzdem das Resultat der Erhebung sehr merklich beeinflussen können. Das gilt beispielsweise für den zur Beantwortung der einzelnen Frage freizulassenden Raum. Auch die Auswahl des Papiers ist wichtig, ebenso muß man beachten, daß der richtige Zeitpunkt für die Erhebung gewählt wird. So wird es sich beispielsweise nicht empfehlen, eine Lohnstatistik aufzunehmen in der Zeit der Inventuraufnahme, andererseits aber auch nicht in einer Zeit außerordentlich flotten Geschäftsganges, wenn andauernd Ueberstunden gemacht werden.

Der Beschreibung dieser Vorbereitungsarbeiten ist in der Schrift mit Recht ein großer Raum gewidmet. Ist hier nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gearbeitet worden, dann kann auch mit der Aufwendung des größten Fleißes bei der weiteren Verarbeitung des Materials ein brauchbares Ergebnis kaum noch erzielt werden. Aber auch bei der nach Eingang der Fragebogen folgenden „Aufbereitung“ des Materials muß mit peinlichster Genauigkeit gearbeitet werden. Die Schrift bespricht die hierbei in Betracht kommenden Methoden, wie sie bei Statistiken verwendet werden können, die von Arbeiterorganisationen aufgenommen werden. Beachtenswert ist der Hinweis darauf, daß in vielen Fällen wertvoller als die Durchschnittsberechnung die Hervorhebung der am meisten vorkommenden Gruppen ist. Auch die Warnung, die Verhältnissberechnung ins Spielerische ausarten zu lassen, erscheint uns nützlich. In dieser Beziehung wird nämlich gern von solchen Statistikern gesündigt, die für ihre Aufgabe mehr guten Willen als Fähigkeiten mitbringen. Wertvolle Winke gibt Braun auch für die Veröffentlichung der Ergebnisse und die beigefügten Tabellen, welche Ergebnisse amtlicher Statistiken über verschiedene Gebiete zum Gegenstand haben, dienen nicht nur als Muster für die tabellarische Darstellung, auch die mitgeteilten Zahlen sind an sich lehrreich. Die als Aufgabebearbeitung unterbreitete von Probit- und Rinsenrechnung, die von Alexander Däubler verfaßt ist, ist an sich recht gut, doch hätte sie an dieser Stelle entbehrt werden können. Der diese Rechnungsmethoden nicht obemlein beibringt, soll statistische Arbeiten lieber ganz bleiben lassen. Im ganzen ist aber das Büchlein äußerst wertvoll; die Beachtung der statistischen, die es erteilt, wird sicher dem Wert der von den Arbeiterorganisationen aufgenommenen Statistiken zu erhöhen.

Statistik. Verfasser: Schöden und Reichel. Leipzig. Ein Lager für Arbeiter. Von Adolf Braun herausgegeben von Robert Langenberg. Die V. Reichs-Gewerkschaft N. 1908.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bremerhaven-Geeßemünde-Verhe, Bremerbörde, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf, Fern. Manisch), Dannenberg an der Elbe, Elmshorn (Köln), Guden in Ostfriesland (Wäbelschere), Eustirchen (Schulke, Speffart), Gießen, Wlogau (Baunagel), Großhartmannsdorf (Verlebach), Göttingen (Witt. Volkmer), Landsberg a. L. (Springe Witwe), Landshut (Frauenknecht), Lauban (Kalkbrenner), Meßingen (Korb- und Kinderwagenfabrik Fr. Auhr u. Söhne), Mörchingen, Offenbach (Tischfabrik L. Schlapp), Pilsnitz (Steinmüller), Reistenhausen, Schleswig, Sensburg, Spandau (Behring), Stolp in Pommern (Wolff), Tangermünde (Matzfeldt), Warel i. Oldenb. (Hoh. Wiemken), Weinheim (Schwab), Wilkau i. G. (Koppermann), Volkshausen (Langner), Graz, Junsbrunn, Linz a. Donau, Nesselndorf (Waggonfabrik).
 - Modellfischern nach Düsseldorf-Vierfeld (Stahlwert Debing), Köln-Sülz (M. Modellfabrik Franz Dittler), Staßfurt (Maschinenfabrik Sauerbrey u. G.).
 - Slawiermachern nach Brüssel, Stäsa am Züricher See.
 - Tischlern nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf), Höhr i. Westermald (Gebr. Günther), Keunrichen am Sand, Zirndorf bei Nürnberg.
 - Polierern nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf).
 - Parfettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parfettgeschäfte, Uhlandstraße).
 - Kistenmachern nach Bremen-Gemeiningen (Schulze), Langendiebach, Magnit i. Sibir.
 - Zuckerarbeitern nach Wald i. Rheinland.
 - Zugmachern nach Frankenthal i. Pfalz (Hadenjost).
 - Worbmachern nach Dresden-Madebeul (Veler u. Siegmund), Sellstedt (Mittermann u. Berndsen), Schiffdorferdamm (Müller), der Schweiz.
 - Stelmachern nach Elze (Peters), Paris, Brüssel (Carossierie Parissienne).
 - Vergoldern, Grundierern, Verzieren und Farbigmachern nach Köln (Weißem u. Pieper), Ober-Arnsdorf bei Haida in Nordböhmen, Glatzbrugg bei Zürich (Celfers).
 - Schulmeisterarbeitern nach Eisenach (Bergner).
 - Hörsternmachern nach Dinkelsbühl.

Wirtschaftliche Rundschau.

In den Kreisen mancher Wirtschaftspolitiker rechnet man schon seit einiger Zeit mit dem bevorstehenden Abflauen der Konjunktur und tatsächlich treten manche Momente deutlicher zutage, welche den pessimisten recht zu geben scheinen. Dazu gehört die Knappheit am Geldmarkt. Die Unternehmungslust im Handel und Gewerbe ist noch im Wachsen begriffen, was voraussichtlich zur Folge haben dürfte, daß sich im Herbst eine fühlbare Versteifung des Geldmarktes bemerkbar machen wird, so daß dann mit ungewöhnlich hohen Diskontsätzen gerechnet werden muß. Nichts Bedenklich ist auch die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die nicht durch entsprechende Lohnsteigerungen wettgemacht wird. Das hat notwendigerweise eine Verminderung des Konjunks zur Folge, welche wiederum die Produktion ungünstig beeinflusst.

Wenn auch die Bedeutung dieser Momente nicht unterschätzt werden darf, so liegen doch auf der anderen Seite auch Tatsachen vor, welche geeignet sind, die schlimmsten Besorgnisse zu zerstreuen. Die Großindustrie beginnt sich wieder kräftig zu beleben, auch der Außenhandel steigt im Norden Tempo weiter und der gewerbliche Beschäftigungsgrad zeigt eine Zunahme, die eine Entlastung des Arbeitsmarktes erwarten läßt, welcher immer noch recht ungünstige Verhältnisse aufweist. In der Montanindustrie geht die Produktion bedeutend über das Maß früherer Jahre hinaus. Umfangreiche Vergrößerungen und Neuanlagen der verschiedenen gewerblichen Betriebe sichern der Maschinenindustrie eine ausreichende Beschäftigung. Dagegen hat der Geschäftsgang in der Textilindustrie nachgelassen und für das Pappgewerbe, welches in diesem Jahre mit ungunstigen Verhältnissen zu rechnen hat, sind auch die Aussichten wenig erfreulich. Als günstiges Symptom für die weitere Entwicklung der allgemeinen Konjunktur können dagegen die guten Ernteaussichten betrachtet werden. Eine reichliche Ernte stärkt die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung und trägt so zur Belebung des Geschäftsganges im Handel und Gewerbe bei.

Im Monat Juli hat sich der deutsche Außenhandel im allgemeinen zufriedenstellend entwickelt. Die Gesamteinfuhr betrug in diesem Monat 70.374.800 Doppelzentner gegen 61.333.910 Doppelzentner im Juli 1911. Die Ausfuhr lag niedriger bei 51.226.433 Doppelzentner auf 58.151.033 Doppelzentner. Ein beträchtliche Steigerung weist auch der inländische Warenverkehr auf. Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr liegen gegenüber dem Monat Juli 1911 um 2816 Mt. pro Kilometer auf 204 Mt., also um 8,61 Proz. Die Anforderungen an den Geldmarkt sind infolge der großen Unternehmungslust, welche ungeachtet der hohen Diskontsätze und der Abnahme des Reichsbankpräsidenten zur Zurückhaltung anwächst, aufrichtig stark. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres

sind 930,52 Millionen Mark neu investiert worden gegen 780,84 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Daraus entfallen 380,90 (im Vorjahr 370,02) Millionen auf Neugründungen und 549,62 (410,82) Millionen auf Kapitalerhöhungen.

Für die wirtschaftliche Lage der breiten Volksmassen spielen die Preise der Lebensbedürfnisse eine große Rolle. Diese bewegen sich zurzeit auf einer nach nie dagewesenen Höhe. Insbesondere ist das Fleisch fast unerschwinglich teuer, und die Produktionsverhältnisse liegen auf diesem Gebiet so, daß mit einer chronischen Fleischteuerung gerechnet werden muß, wenn nicht durch gezielte Maßnahmen die Schranken beseitigt werden, welche die notwendige Einfuhr von Vieh und Fleisch verhindern. Nach einer Berechnung, welcher die Lebensmittelpreise in 192 teilschen Städte zugrunde liegen, und wobei der Nahrungsmittelebedarf einer vierköpfigen Familie gleich der dreifachen Verpflegungsration des deutschen Marinejoldaten gesetzt ist, liegen die wöchentlichen Haushaltskosten vom Januar 1911, wo sie 23,50 Mt. betragen, auf 26,10 Mt. im Juli 1912. Im Juni hatten sie noch 25,85 Mt. betragen. Dabei handelt es sich hier nur um den Nahrungsmittelaufwand, die ebenfalls gestiegenen Preise für Wohnungsmiete, Brennmaterial, Kleider usw., sind noch gar nicht mitgerechnet. Wenn, wie zu befürchten steht, der kommende Winter eine ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit bringt, dann gehen die deutschen Arbeiter schlimmen Zeiten entgegen.

In der Holzindustrie hat der Stand des Arbeitsmarktes im Juli eine Besserung gegenüber dem Vormonat erfahren. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich 126,5 Arbeitssuchende gegen 148,4 im Monat Juni. Im Juli 1911 waren allerdings nur 130,5 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen gezählt worden. Dieser Besserung, die sich aus der Berichterstattung der Arbeitsnachweise ergibt, entspricht auch die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen, die durch die monatlichen Erhebungen in unserem Verband festgestellt wird. Ende Juli waren 2,01 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos, gegen 2,61 Prozent am 30. Juni. Immerhin ist die Zahl der Arbeitslosen wie in den vorausgegangenen Monaten, so auch im Juli größer gewesen als zu dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Jeweils am letzten Tage des Monats wurden auf 100 Verbandsmitglieder Arbeitslose gezählt:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
1911	4,23	3,40	2,52	2,40	1,94	2,02	1,69
1912	4,20	3,42	2,61	2,99	2,86	2,61	2,04

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise ist die Lage des Arbeitsmarktes am günstigsten in den Provinzen Posen und Schlesien, wo auf je 100 offene Stellen nur 69,10 bzw. 78,95 Arbeitssuchende kamen; auch in Württemberg konnte der Bedarf nicht gedeckt werden, dort betrug die Andrangsziffer 97,75. Außerordentlich ungünstig war der Stand des Arbeitsmarktes im Königreich Sachsen mit 176,31 und Lübeck mit 182,00 Arbeitssuchenden; in Schleswig-Holstein kamen sogar 349,70 Arbeitssuchende auf je 100 offene Stellen. Diese Zahlen müssen aber mit einiger Vorsicht betrachtet werden. Die Organisation der Arbeitsnachweise ist nicht in allen Landesstellen in der gleichen Weise durchgeführt. Während in manchen Gegenden die Arbeitsvermittlung so gut wie durchgängig durch den Arbeitsnachweis erfolgt, spielen die Arbeitsnachweise in anderen Gegenden nur eine bescheidene Rolle. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise ist z. B. der Stand des Arbeitsmarktes in der Provinz Brandenburg mit Berlin verhältnismäßig günstig. Auf je 100 offene Stellen kamen nur 126,23 Arbeitssuchende gegen 136,5 im Reichsdurchschnitt. Das könnte den Anschein erwecken, als ob in Berlin wieder normale Verhältnisse eingetreten wären. Das ist aber durchaus nicht der Fall, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen im Juli beträchtlich zurückgegangen ist. In Berlin waren Ende Mai 8,88 Proz., Ende Juni 9,33 Proz. und Ende Juli 6,72 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos. Da der Reichsdurchschnitt der Arbeitslosen wie erwähnt Ende Juli 2,04 Proz. betrug, ist also die Arbeitslosigkeit in Berlin noch außerordentlich hoch.

In ungewöhnlichem Maße ist die Unternehmungslust im Holzgewerbe im Monat Juli abgeflaut. Nur 280.000 Mt. wurden in diesem Monat neu investiert. Da aber in den ersten Monaten dieses Jahres sehr hohe Beträge in Unternehmungen des Holzgewerbes angelegt wurden, übertrug die im Zeitraum von Januar bis Juli investierte Summe mit 15.095.000 Mt. bei weitem die Vergleichsziffern in den verfloffenen Jahren bis 1908 zurück; nur das Jahr 1907 weist mit 18.018.500 Mt. in den ersten sieben Monaten eine höhere Summe auf. Von den Neugründungen im Juli konnten nur 10.000 Mt. auf Kapitalerhöhung. Diese betrifft die Holzindustrie Kaiserlautern, G. m. b. H., welche ihr Stammkapital von 20.000 Mt. auf 30.000 Mt. erhöht hat. Die Neugründungen waren durchwegs Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Die bedeutendste davon ist die Schlüterer Aktienfabrik, G. m. b. H., Geschäftsführer ist der Rechtsanwalt Dr. Adolf Jöde in Lübeck. Stammkapital 140.000 Mt. — Bei der Möbelfabrik Gebr. Amberg, G. m. b. H., in Michelbach handelt es sich um die Weiterführung eines bestehenden Betriebes. Das Stammkapital beträgt 26.000 Mt., Geschäftsführer ist der Kaufmann Wolff Tischmann in Michelbach. — Die Wohnungskunst G. m. b. H. in Hannover verfügt über ein Stammkapital von 24.000 Mt., Geschäftsführer ist Ernst Fischer. — Lange u. Co., G. m. b. H., in Berlin, Herstellung und Vertrieb von Möbeln. Diese, sowie die nachbenannten Gesellschaften sind mit einem Stammkapital von je 20.000 Mt. gegründet. Geschäftsführer sind die Kaufleute Georg und Bruno Lange. — Die Rheinische Stuhl-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Albert u. Köhr in Köln hat den Vertrieb der Produkte der Ostdeutschen Holz-Industrie-Aktien-Gesellschaft in Gossentin für die Rheinprovinz übernommen und bezweckt die Herstellung und den Vertrieb sonstiger Waren. Geschäftsführer sind Max Allert und Anton Köhr. — Mitteldeutsche Wärfen- und Pinselfabrik m. b. H. Rothchild u. Samberger in Frankfurt a. M. Geschäftsführer sind Leo Rothchild und Verward Samberger. — Papierschneiderei Jock u. Gande G. m. b. H. in Berlin. Geschäftsführer sind Fritz Jock und Paul Gande in Pantow.

Eine starke Steigerung erfuhr im Juli der Import von Bau- und Nutzholz, der um so auffälliger ist, als sich die Einfuhrmenge im April und Mai nur etwa auf der Höhe des Vorjahres gehalten hat und im Juni sogar erheblich hinter dieser zurückgeblieben war. Es wurden im Juli 1912 8.275.304 Doppelzentner im Werte von 42.300 Millionen Mark eingeführt gegen 6.554.651 Doppelzentner im Werte von 33.176 Millionen Mark im Juli 1911. Auch die Ausfuhr von Holzwaren hat im Juli eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres erfahren. Es wurden 62.787 Doppelzentner im Werte von 5.540.000 Mt. ausgeführt gegen 58.495 Doppelzentner im Werte von 5.113.000 Mt. im Juli 1911. Einen erheblichen Rückgang erfuhr hingegen die Ausfuhr von Weizen, Pinseln und Siebwaren. Im Juli wurden 2.283 Doppelzentner im Werte von 944.000 Mt. ausgeführt gegen 2.631 Doppelzentner im Werte von 1.098.000 Mt. im Juli vorigen Jahres. — An Klavieren, Harmoniums usw. stieg die Ausfuhr von 94.701 Doppelzentner im Juli 1911 auf 107.594 Doppelzentner im Juli 1912. Auch die Ausfuhr von Streichinstrumenten stieg im gleichen Zeitraum von 2.248 Doppelzentner auf 2.403 Doppelzentner, dagegen ist bei Klaviaturen usw. ein Rückgang von 14.642 Doppelzentner auf 9.218 Doppelzentner zu konstatieren.

Von den Aktiengesellschaften, die im Juli ihre Geschäftsberichte veröffentlicht haben, kommen für die Holzindustrie die nachstehenden in Betracht: Vereinshauptstadtfabrik A.-G., Mehdorf i. S. Das Aktienkapital beträgt 300.000 Mt. Es wurde nach 5291 Mt. (im Vorjahr 5617 Mt.) Abschreibungen 21.387 Mt. (33.949) Gewinn erzielt. An Dividenden kamen, wie im Vorjahr, 9.000 Mt. zur Verteilung. — Die Rheinische Pianofortefabrik A.-G. vorm. C. Mand in Coblenz verfügt über ein Aktienkapital von 1 Million Mark. Während sich im Vorjahr bei 33.546 Mt. Abschreibungen ein Verlust von 14.355 Mt. ergab, konnte diesmal nach 49.392 Mt. Abschreibungen ein Gewinn von 85.760 Mt. erzielt werden. Die Aktionäre, die in den beiden letzten Jahren keine Dividende erhalten hatten, erhielten diesmal 4 Proz. — Bei der Bremer Stuhlrohfabrik Mehl, Schulze u. Co. A.-G. in Bremen beträgt das Aktienkapital 1.500.000 Mt. Es wurden 49.651 (49.941) Mt. abgeschrieben und ein Gewinn von 120.708 (114.003) Mt. erzielt. Hieron wurden 97.500 (90.000) Mt. zur Verteilung einer Dividende von 6 1/2 (6) Proz. verwendet. — Wismarische Habelwerke A.-G., Wismar. Von dem 650.000 Mt. betragenden Aktienkapital kommen 450.000 Mt. auf Stammaktien und 200.000 Mt. auf Vorzugsaktien. Es wurde ein Gewinn von 69.838 (61.713) Mt. erzielt. Auf die Stammaktien entfiel 11 (10) Proz., auf die Vorzugsaktien 4 1/2 (4 1/2) Proz. Dividende. — Ungünstiger war das Ergebnis der Holz- und Bauindustrie A.-G., Stolp. Das Aktienkapital beträgt 168.000 Mt. Während das vorige Geschäftsjahr mit 55.112 Mt. Verlust abschloß, brachte das letzte Jahr einen Verlust von 76.511 Mt. — Die Erzgebirgische Holzindustrie A.-G., Brand-Erbisdorf, arbeitet mit einem Aktienkapital von 150.000 Mt. Das Vorjahr brachte einen Verlust von 4450 Mt., dagegen wurde im letzten Jahr 5509 Mt. Gewinn erzielt. In den beiden Vorjahren ist keine Dividende verteilt worden, über die Höhe der Dividende für das letzte Jahr ist nichts bekannt. — Auch die Wagenerbau A.-G. Wismar i. M., die mit 2 Millionen Mark Aktienkapital arbeitet, hat im Geschäftsbericht die zweifellos sehr beträchtliche Höhe der verteilten Dividende nicht angegeben. Im Vorjahr wurde nach 107.918 Mt. Abschreibungen 362.246 Mt. Gewinn erzielt. Das letzte Jahr brachte nach 92.150 Mt. Abschreibungen einen Gewinn von 370.555 Mt.

Soziales.

Die Generalversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, die vom 18. bis 21. August in Köln tagte, war von 905 Delegierten besucht, welche 396 Krankenkassen mit mehr als 4 Millionen Mitglieder vertraten. Ueber Gewerkekrankheiten und Reichsversicherungsrundung referierte Dr. G. Hanauer-Frankfurt a. M. Er betonte insbesondere die Pflicht der Krankenkassen vorbeugend zu wirken. Die Handhabe hierzu bietet der § 363 der Reichsversicherungsordnung, welcher von den Kassen in weitgehendstem Maße ausgenutzt werden sollte. Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten, welches dank der übertriebenen Ansprüche des Leipziger Ärzteverbandes nicht das beste ist. Der Referent sprach sich für eine Erhöhung der Beiträge aus, die die Krankenkassen zu dem Zweck geschuldet sind, die Erwerbsfähigkeit der arbeitenden Klasse zu erhalten. Dieser Zweck wird vom Ärzteverband verkannt, deshalb muß von der Gesetzgebung verlangt werden, daß sie den Kassen die Möglichkeit gibt, die übertriebenen Anforderungen der Ärzte entsprechend abzuwehren. Sächsischer Reichsrat sprach über die Erhebung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und trat dafür ein, daß der Einzug der Beiträge allgemein der Ortskrankenkasse übertragen werde. Ueber das Dienstverhältnis und die Dienstordnung der Kassenaangestellten sprach Graf-Frankfurt a. M., der ausführte, daß es fette Pflichten für die Beamten bei den Krankenkassen nicht gebe. Die Arbeitsverhältnisse sind jedoch gegen früher besser geworden. Es gibt aber noch Kassen, in denen die Arbeitervertreter im Vorstand viel mehr den Arbeitgeber herausheben, als die Arbeitgeber. Immerhin ist es gelungen, in einem zwischen den Vorständen und den Angestellten abgeschlossenen Tarifvertrag eine große Reihe von Fragen für ganz Deutschland zu regeln. Damit folgte ein Vortrag von Brandes-Magdeburg über die Zentralisation der Krankenkassen, in welchem im Interesse der größeren Leistungsfähigkeit der Zusammenschluß der großen Krankenkassen empfohlen wurde. Zum Schluß hielt Justizrat Mauer-Frankenthal einen Vortrag über das Verhältnis des Kassenaangestelltenrechts zum Versicherungswesen.

ungsgesetz für die Privatangestellten. Der nächste Ortskrankenkassentag findet in Breslau statt. Neuerdings machen sich Bestrebungen bemerklich, den Ortskrankenkassenverband zu sprengen. Den Ton gibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ an. Unter Hinweis darauf, daß die demnächst in Kraft tretende Reichsversicherungsordnung den Unternehmern in der Versicherung der Krankenkassen größere Rechte einräumt, wird die Gründung eines „politisch neutralen“ Krankenkassenverbandes angeregt. „Zunächst käme es darauf an“, heißt es in dem Artikel, „daß sich die Verbände der nationalen und christlichen Arbeiter- und Angestelltenvereine hierüber schlüssig werden und die Gründung mit Entschiedenheit betreiben“. Den Christen erscheint diese Stimme aus dem Lager der Scharfmacher äußerst unpathisch. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß der Ortskrankenkassenverband äußerst segensreich gewirkt hat, und daß Angehörige der verschiedensten politischen Parteien, wie in den Vorständen vieler Krankenkassen, so auch im Krankenkassenverband friedlich zusammenarbeiten, aber dieser Verband hat den Fehler, daß sein Vorsitzender ein Sozialdemokrat ist, der Vizepräsident des sächsischen Landtages Träbner, und daß auch andere Sozialdemokraten ihm ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Das ist den guten Christen unerträglich. Die sächsischen Leistungen im Interesse der Kassen und der Versicherten sind für sie gleichgültig, die Hauptsache ist ihnen der Windmühlkampf gegen die Sozialdemokratie. Deshalb findet die gut christliche „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ die Anregung zur Gründung eines antisozialdemokratischen Krankenkassenverbandes sehr beachtenswert und man wird auch wohl bald davon hören, wie die Christen Arm in Arm mit Scharfmachern und den Gelben ausziehen, den Drachen Sozialdemokratie in den Krankenkassen zu erlegen.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben: Im Saargebiet macht sich jetzt ein Vorgang bemerkbar, der dazu angeht, ist die Hurrapatriten in arge Mißstimmung zu versetzen. In einer ganzen Reihe Bergmannsorte wandern die Bergleute zu Hunderten mit Frau und Kindern aus. Bergleute, die jahrzehntlang auf königlichen Gruben gearbeitet haben, nehmen den Wanderstab in die Hand, um vielleicht für immer den jaarabijchen Stand von den Füßen zu schütteln. Die Zahl der bis jetzt schon Abgewanderten soll über 5000 betragen, und fortgesetzt berichten die Zeitungen von neuer Abwanderungen. In dem Bergmannsorte Altenwald stehen ganze Straßenzüge leerer Wohnungen; die Hausbesitzer stehen meist vor dem Ruin. Genau so ergiebt es einer ganzen Reihe Geschäftsleute und Handwerker, die durch diese Massenabwanderungen schwer getroffen werden. Die königliche Bergbehörde tut aber nicht das geringste, um die gut eingearbeiteten Leute in den Betrieben zu halten, es scheint fast so, als ob die Abwanderung der Bergverwaltung sehr angenehm sei. Die Auswanderer, den geben zum größten Teil nach den westfälischen und lothringischen Gruben. Die Hauptursache dieser Massenabwanderung sind in erster Linie die niederen, fortgesetzten sinkenden Löhne und die schändliche Behandlung seitens der Steiger auf einzelnen Gruben. Auch in der Hüttenindustrie macht sich ein gleicher Vorgang bemerkbar, nur mit dem Unterschied, daß, während die Bergleute im Inland bleiben, die Hüttenarbeiter durch spanische Agenten für ein südspanisches Hüttenwerk angeworben werden. Auch hier sollen schon einige Hundert ausgewandert sein. Es muß um die Arbeitsverhältnisse in dieser Hüttenbetriebe schon bestellt sein, daß eine durch in- und ausländische Agenten betriebene Agitation derartige Folgen zeitigen konnte.

Diese Abwanderungen sind für die wirtschaftliche Lage im Saargebiet von verhängnisvollen Folgen. Die Konjunktur läßt in den letzten Jahren jowie schon ziemlich nach, diese Abwanderungen bringen nun aber die Paralyse in einer ganzen Reihe von Orten vollständig zum Ausdruck. Die ganze Geschäftswelt klagt denn auch über den schlechten Geschäftsgang. Als vor Jahren die königlichen Bergwerke Konjunktur mit Ueberflutungen im Gefolge zu verzeichnen hatten, war die Prosperität in allen Geschäftszweigen bemerkbar, und mancher kleine Mann konnte sich leisten, ein eigenes Haus zu bauen. Diese Gelegenheit wird wohl nie wiederkehren. Der ärztliche Streikbewegungsweltweit der Bergleute hat in den letzten Monaten durch sein verächtliches Verhalten im Ruhrbergarbeiterstreik Tausende von seinen Mitgliedern verloren, diese Abwanderungen bringen ihn aber vollständig auf den Hund. Laut gedrucktem Geschäftsbericht vom Jahre 1910 verzeichnete der ärztliche Bergarbeiter rund 12000 Mitglieder im Saargebiet, nach Berechnungen, die der alte Verband auf Grund der Beitragszahlung aufgestellt hat, ist der Streikbewegungsweltweit an 9000 Mitglieder herabgesunken. Jahrelang sind die Bergarbeiter hinterhalten worden, wie in der geringste Verlust von den Patenzschriften unternommen werden, die Lage des Scharfmachers zu bessern. Mit Petitionen an den preussischen Landtag und an die Reichsregierung wollten die Arbeiter die Lohnbewegung erregen; wie weit sie es damit gebracht haben, erfahren sie ja jetzt selbst am besten. Sie haben es nicht die betrübten Lagerbeten, denen die Hölle fortgeschwommen sind. Für die freistehende Arbeiterklasse im Saargebiet erwacht nunmehr die Pflicht, jetzt desto kräftiger in die Agitation einzugreifen.

Eine Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung hat der Verband Westfälischer Arbeitssuchende, eine Vereinigung der Westfälischen und gemeinnützigen Arbeitssuchende der Provinz Brandenburg im Verein mit den Handwerkervereinen Berlin und Frankfurt a. O. ins Leben gerufen. Die Vermittlungstätigkeit soll Knaben und Mädchen umfassen und sich in erster Linie auf Groß-Berlin erstrecken. Durch eine Verbindung mit den kommunalen Arbeitssuchenden der Provinz in aber auch die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter ins Auge gefaßt. Dort wo kommunale Arbeitssuchende nicht bestehen, wird die Zentralstelle die Organisation besonderer Ausschüsse für die Lehrstellenvermittlung, bestehend aus Vertretern der Lehrerschaft und des Handwerks unter Vorsitz eines Gemeindevorstandesmitgliedern ansetzen. Die Vermittlung der Schüler für die verschiedenen Berufe in möglichstem Maße in Anspruch genommen. Die Zentralstelle legt besonderen Wert auf eine sorgfältige Beratung, sie wird deshalb mit Hilfe der Schule und des Handwerks an der zur Entlohnung kommenden Kinder

ausgeben und letztere mit ihren Eltern persönlich vorladen und sich so ihrer beratenden und vermittelnden Tätigkeit widmen. — Die Schaffung der Zentralstelle, die ihre Tätigkeit für beide Teile unentgeltlich ausüben wird, ist zu begrüßen. Inwiefern ihr Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Das Bureau der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung befindet sich Berlin S. O. 16, Am Köllnischen Park 8, im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Der Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“, der um Mitte August seinen neunten Bundesstag in Dresden abhielt, hat in den letzten Jahren eine günstige Entwicklung durchgemacht. Seine Mitgliederzahl stieg auf 138 928, sein Vermögen erreicht 209 802 M. Mit der Organisation verbunden ist das Fahrradhaus „Freihaus“, dessen Zentrale im eigenen Gebäude in Offenbach untergebracht ist. Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht zeigt in 36 Abteilungen die Betriebs- und Verwaltungsräume des Bundes.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Holzkirchen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Oktober 65 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 36. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

In Langenberg (Rheinland) wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Wir machen die Lokalverwaltungen und alle Verbandsmitglieder hierdurch auf das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages in Berlin aufmerksam und ersuchen um Einsendung der Bestellungen. Der Preis für Mitglieder beträgt wieder wie früher 20 Pf. pro Exemplar, trotzdem die Herstellungskosten bei über 500 Seiten Umfang erheblich höher sind. Dieser niedrige Preis soll es jedoch ermöglichen, das Protokoll in allen Zahlstellen so weit als möglich unter den Mitgliedern zu verbreiten. Es gibt keine andere Proschüre, deren Inhalt für die Verbandsmitglieder wertvoller wäre als die größtenteils wörtliche Wiedergabe der Verhandlungen des Verbandstages. Das Protokoll enthält nicht nur den Bericht des Vorstandes und die übrigen Referate, sondern auch eine ausführliche Wiedergabe der Diskussionen, die von den Delegierten über jeden Punkt der umfangreichen Tagesordnung gepflogen worden sind. Wer sich genau über die Verhandlungen des Verbandstages und alle seine Beschlüsse informieren will, muß das Protokoll lesen. Die Lokalverwaltungen mögen die Bestellungen der Mitglieder sammeln und baldigst an unsere Verlagsanstalt einsenden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 1937 (Jugendl.) Art. Zimmermann, Permutierarbeiter, geb. 2. 11. 95 zu Angelsburg.
- 210512 Heinz Kretz, Tischler, geb. 2. 11. 81 zu Eisenach.
- 243913 Heinz Steiner, Drehschl., geb. 9. 4. 76 zu Winterthur.
- 318539 Ernst Holz, Tischler, geb. 11. 9. 60 zu Berlin.
- 330199 Wilhelm Friebe, Tischler, geb. 20. 3. 53 zu Melle.
- 419733 Adalbert Marsch, Tischler, geb. 23. 4. 59 zu Klattau.
- 429235 Alfred Zeiler, Tischler, geb. 21. 8. 91 zu Leppersdorf.
- 487105 Franz Kempe, Tischler, geb. 8. 3. 86 zu Weisheim.
- 495750 Richard Deberichshauer, Tischler, geb. 3. 10. 76 zu Diephausen.
- 531327 Kurt Schubert, Vergolder, geb. 5. 5. 67 zu Berlin.
- 547959 Franz Groß, Korbm., geb. 24. 9. 73 zu Leibernstgen.
- 592530 Aug. Gräß, Schneidem., geb. 13. 1. 65 zu Unterfah.
- 599251 Anton Grothe, Tischler, geb. 20. 5. 88 zu Lichtenau.
- 608972 Wilh. Schiel, Bürstenmacher, geb. 23. 7. 92 zu Neudorf in Böhmen.
- 619703 Josef Bremes, Tischler, geb. 13. 3. 77 zu Szijchowa.
- 623311 Paul Winter, Tischler, geb. 13. 11. 93 zu Leipzig.

Im Monat August gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beträge ein:

- Gau Danzig: Allenstein 54 M., Briesen 88, Bromberg 137,60, Danzig 580, Elbing 500, Graudenz 100, Gumbinnen 10, Hofemalza 48,15, Jüterburg 300, Johannisburg 22, Königsberg 3200, Köslin 300, Kolberg 130, Könitz 60, Marienwerder 74,75, Memel 370, Rast 60, Neustettin 20, Pödero 100, Rast 100, Stallupönen 45, Thorn 100 M.
- Gau Steitin: Anklam 200 M., Demmin 79,95, Fürstberg 100, Güstrow 349, Lüssow 199, Malchin 25, Neuhardenberg 40, Raugard 25, Parchim 150, Postdam 800, Schönberg 120, Schwerin 750, Stargard 250, Steitin 800, Straßfurt 450, Strelitz 90, Swinemünde 200, Torgelow 90, Warnemünde 60, Wismar 258, Wolgast 160 M.

- Gau Breslau: Beuthen 120 M., Breslau 2200, Brieg 150, Bunzlau 100, Erdmannsdorf 150, Freiburg 350, Guben 60, Herzogsdorf 200, Hirschberg 200, Kattowitz 300, Kreuzburg 70, Langenöls 250, Liebau 100, Liegnitz 950, Lissa 16, Löwenberg 40, Niesky 300, Oels 100, Oppeln 30, Ostrow 50, Posen 190, Ratibitz 40, Schweidnitz 200, Striegau 170, Ziegenhals 150 M.

- Gau Berlin: Adlershof 200 M., Angermünde 60, Beeskow 18, Berlin 19000, Brandenburg 1000, Cöpenick 250, Cottbus 550, Dröbzig 110, Eberswalde 200, Erkner 60, Finsterwalde 500, Frankfurt 920, Guben 250, Klosterfelde 400, Königswusterhausen 100, Landsberg 650, Ludenwalde 1300, Lübben 100, Nauen 130, Neuruppin 100, Nowawes 250, Prenzlau 130, Prignitz 30, Rathenow 650, Sagan 50, Schönland 160, Sommerfeld 50, Sorau 180, Spandau 500, Spremberg 200, Stralsund 140, Teltow 34, Treuenbriezen 180, Weiskamer 30, Wittenberge 350, Zehdenick 49,20, Zehlendorf 50, Ziegenhals 190 M.

- Gau Dresden: Rauen 1000 M., Bismarckwerda 150, Cölnitz 95, Cunnorsdorf 400, Deutsch-Wendorf 200, Dippoldiswalde 217,5, Döbeln 500, Dresden 500, Eberswalde 30, Freiberg 150, Geringswalde 1250, Glasshütte 300, Großschönau 300, Hartha 700, Königstein 300, Kötzschenbroda 200,

- Leisnig 330, Marienberg 200, Meißen 800, Mittweida 400, Neugersdorf 200, Neuhäusen 650, Niederfieditz 1200, Oßersberg 1100, Oßig 100, Pirna 580, Rabenau 1000, Radeberg 500, Riesa 450, Schmiedeberg 100, Sebnitz 100, Seifhennersdorf 140, Stolpen 200, Waldheim 800, Wilsdruff 800, Zittau 750 M.

- Gau Leipzig: Adorf 200 M., Aue 150, Auerbach 150, Burgstädt 65, Chemnitz 2000, Eisenberg 1398,10, Eisenberg 605, Elsterberg 80, Frankenberg 300, Gera 1600, Glauchau 200, Gönitz 100, Grimma 50, Hainichen 150, Jöhstadt 450, Klingenthal 210, Leipzig 10000, Limbach 40, Marzahn 450, Meichenbach 150, Meuselwitz 65, Penig 70, Plauen 1080, Reichenbach 150, Ronneburg 70, Salschwitz 400, Schleiz 100, Schmalko 1800, Schönheide 400, Stollberg 65, Tauscha 100, Thalheim 22, Weida 60, Werdau 450, Wurzen 200, Zeitz 1500, Zwickau 600 M.

- Gau Erfurt: Apolda 143 M., Arnstadt 200, Coburg 600, Ellrich 50, Frankehausen 800, Goldlauter 50, Gotha 1400, Gräfenroda 70, Hermstedt 193,18, Jena 200, Jüriena 70, Kellbra 150, Lauterbach 700, Meisenbach 400, Merseburg 100, Mühlhausen 1000, Naumburg 245, Nordhausen 100, Oerternbaum 5,85, Saalfeld 150, St. Andreasberg 80, Stuthaus 80, Tamruda 60, Themar 200, Thierau 80, Waltershausen 300, Weimar 500, Weiseneis 200 M.

- Gau Magdeburg: Aken 70 M., Aschersleben 198, Bernburg 300, Bitterfeld 75, Blankenburg 125, Braunschweig 2300, Cöthen 350, Coswig 200, Delitzsch 50, Dessau 600, Eisleben 100, Gardelegen 200, Gostlar 100, Halberstadt 250, Helmstedt 200, Hettstedt 123, Magdeburg 1564,60, Neuhaldensleben 100, Salzwedel 60, Sangerhausen 250, Stendal 300, Wernigerode 150, Zerbst 400 M.

- Gau Hamburg: Altona 80 M., Mantense 250, Voigtländer 100, Brake 100, Bremen 8500, Burgdamm 595, Buchholz 60, Elmshorn 200, Eidelstedt 180, Flensburg 600, Geesthacht 200, Gramb 40, Harburg 300, Heide 100, Kellinghusen 50, Kiel 2000, Leer 100, Lübeck 1100, Lüneburg 700, Marne 80, Neuenburg 50, Neumünster 540, Norden 100, Oldesloe 120, Preetz 80, Rendsburg 250, Segeberg 40, Sonderburg 46, Stade 100, Süderbrarup 50, Varel 200, Weddel 1400, Wilhelmshaven 800 M.

- Gau Hannover: Alfeld 150 M., Bielefeld 1800, Bünde 400, Burgdorf 100, Einbeck 70, Göttingen 240, Hameln 200, Hannover 2000, Hess.-Oldendorf 80, Hilbesheim 450, Holzminde 200, Melle 350, Minden 500, Minden 85, Münden 450, Oeynhausen 400, Peine 150, Pyrmont 100, Quadenbrück 150, Rheine 4,17, Soltan 80, Springe 90, Stadthagen 120, Uelzen 100 M.

- Gau Düsseldorf: Aachen 100 M., Alena 141,22, Bochum 180, Dortmund 1000, Düsseldorf 1600, Duisburg 900, Eberfeld 1400, Essen 1000, Gelsenkirchen 200, Gladbeck 50, Gummersbach 80, Hagen 500, Hamm 65, Hamm 200, Hemer 50, Herne 50, Iserlohn 80, Krefeld 800, Lennep 65, Mülheim 250, Münster 100, Neukirchen 100, Neuses 250, Siegen 250, Solingen 150, Wanne 97,32, Wesel 50, Witten 100 M.

- Gau Frankfurt: Amorbach 140 M., Andernach 91,96, Darnstadt 700, Hanau 850, Heidelburg 150, Höchst 400, Kaiserlautern 500, Kellheim 400, Kirchheim 230, Kreuznach 76, Landau 87,22, Mainz 3000, Mannheim 2800, Marburg 166,15, Neustadt 150, Oberstein 50, Offenbach 1500, Pirmasens 52,27, Saarbrücken 300, Sülzbil 90, Wörth 100, Worms 600, Zweibrücken 75 M.

- Gau Nürnberg: Ansbach 150 M., Bamberg 200, Cham 70, Erlangen 400, Forchheim 80, Herzogenaurach 50, Nördlingen 30, Nürnberg 4600, Pegnitz 25, Reichau 233,33, Röttenbach 100, Schney 85, Schweinfurt 45, Selb 100, Weisenburg 100, Wendelstein 200, Würzburg 500 M.

- Gau München: Augsburg 500 M., Dachau 250, Freising 100, Kaufbeuren 50, Krumbach 50, Memmingen 200, Miesbach 50, Mühldorf 100, München 7000, Passau 140, Reichenhall 50, Rosenheim 150, Schwaben 175, Starnberg 80, Tegernsee 30, Traunstein 30 M.

- Gau Stuttgart: Badnang 90 M., Bretten 100, Donaueschingen 50, Emmendingen 80, Eplingen 800, Feuerbach 100, Gmünd 70, Heilbronn 1000, Karlsruhe 700, Kirchheim 150, Lahr 90, Ludwigsburg 30, Mülhausen 300, Nürtingen 100, Offenburg 10, Pforzheim 750, Ravensburg 150, Schornberg 50, Schramberg 200, Schwemingen 200, Straßburg 1800, Stuttgart 7500, Tübingen 60, Ulm 700, Waldshut 36, Weikersheim 60, Zuffenhausen 1000 M.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorliegende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Richt mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Die hiesige Zahlstelle beschäftigt sich in drei Versammlungen mit dem Bericht des Kollegen Schmidt vom Verbandstage. In längerem Referat erläuterte er die Verhandlungen des Verbandstages und begründete eingehend die Erhöhung des Beitrags damit, daß der Beschlüssen des Münchener Verbandstages nur wenig Zahlstellen nachgekommen seien, deshalb hätte der Verbandstag hierfür eine festere Norm schaffen müssen. Daher kam der Entschluß, den Beitragsanteil nach der Höhe des Lokalbeitrages festzusetzen. In den Versammlungen, welche teilweise recht stürmisch verliefen, kritisierten die Redner scharf die Beschlüsse des Verbandstages und protestierten gegen diese dem indirekten Steuerwesen gleichende Erhöhung des Beitrages. Desgleichen wurde der Beschluß betreffs Gehaltsregulierung der Angestellten beurteilt, weil erneut ohne vorherige Orientierung der Mitglieder Beschlüsse gefaßt wurden. Die Kritik vom Münchener Verbandstage hätte doch den Delegierten zeigen müssen, daß Gehaltsveränderungen genau so wie alle anderen Anträge vor dem Verbandstage zur Veröffentlichung seien. In der dritten Versammlung war Kollege Weymann-Berlin anwesend und führte den Kollegen nachher in längeren Ausführungen die Verhandlungen des Ver-

handstages vor Augen und appellierte an ihre Solidarität. Die Redner erklärten, an ihrer Solidarität hätte es noch nicht gefehlt und würde es auch nicht fehlen, aber der Verbandstag habe kein Recht, ohne Zustimmung der Zahlstelle 2-4 Gelder der Lokalkasse in Anspruch zu nehmen und durch Extrabeiträge zu belasten. In vorgerückter Stunde wurde die Abstimmung vorgenommen und der Antrag auf Abführung des Beitrages bei einer Besetzungszahl von 356 Kollegen mit 81 gegen 68 Stimmen angenommen.

Breslau. Zu der Einfindung der Einseher von Berlin zu Nr. 33 der „Holzarbeiterzeitung“, in welcher über das Verhalten der Kollegen von der hiesigen Firma Kimmel geschrieben wird, nahm eine Delegiertenversammlung Stellung. In einer Betriebsversammlung genannter Firma wurde festgestellt, daß die Beschwerden der Berliner Kollegen leider begründet sind. Nur in dem einen Falle bezüglich der Verweisung des Obmannes vom Bau, bestreiten die Kollegen ganz entschieden, sich in der angegebenen Weise aufgeführt zu haben. In den übrigen Punkten wurde das Verhalten der Kollegen aufs schärfste verurteilt. Jedemfalls soll alles daran gesetzt werden, um zu verhindern, daß sich ähnliches wiederholt.

Ordmannsdorf. Die Bureaumöbelfabrik Beer u. Karoste hat erst Anfang August 12 Kollegen wegen Arbeitsmangel gekündigt, am 5. und 6. August sogar den ganzen Betrieb stillstellen lassen, und am 25. August sucht sie schon wieder durch die Beibringung tüchtiger Tischler auf dauernde Beschäftigung. Dabei sind die Entlassenen noch ohne Arbeit. Dieses widerspruchsvolle Verhalten der Betriebsleitung läßt darauf schließen, daß es ihr dabei wohl mehr auf ein großes „Meinmachen“ ankommt als auf die Erfüllung eines wirklichen Bedürfnisses. Schon mancher Kollege, der mit großen Hoffnungen hier zuzog, mußte gar bald durch die Arbeitsverhältnisse bitter enttäuscht wieder abwandern. Es empfiehlt sich deshalb, vor einem Eingehen auf solche scheinbar verlockende Arbeitsangebote die Ortsverwaltung nach den näheren Verhältnissen zu befragen. Der im nächsten Frühjahr fällige Vertragsablauf gibt aber auch den hiesigen Kollegen Veranlassung, sich regen am Verbandleben zu beteiligen.

Göhrlich. Wie man das „Herr-im-Haus“-Spielen sich schnell angewöhnen kann, zeigt der Verknullknopffabrikant Karl Brenninger recht deutlich. Die Fabrikantenherlichkeit besteht nämlich darin, daß Brenninger 1 oder höchstens 2 Gehilfen beschäftigt, jetzt erbeutet er wohl gar allein. Brenninger ist Oesterreicher. Er kam als Gehilfe nach hier und übernahm nach dem Tode seines Meisters dessen Geschäft. Sein erstes war, die Preise bis zu 40 Proz. herabzusetzen, und zwar für Leinwand Nr. 16 auf 100 Pf., Nr. 18 auf 105 Pf., Scheibeln für Harmonikas Nr. 22 auf 60 Pf. und Nr. 24 auf 63 Pf. Als der mit diesen Preisen beglückte Kollege Hr. diese Kürzung ablehnte und bei einem anderen Meister Arbeit nahm, schickte Herr Brenninger an diesen den folgenden Brief, den wir im Wortlaut wiedergeben, um die guten Absichten des Herrn und zugleich seine „Fähigkeiten“ zu zeigen:

Göhrlich S.-A., den 17. 6. 1912.

Herr W. . . . Göhrlich S. A.

Nach langen Schweigen muß ich Ihnen doch einmal aufmerksam machen daß Sie sich nicht immer vom G. . . zum besten halten lassen denn er fängt ja in 14 Tage in Schmölln Arbeiten an, die Gehilfen halten zusammen so sollen wir Meister noch früher zusammen halten und sollen miteinander einen Lohn fest setzen und nicht so viele Zahlen in Oesterreich wird dagegen um die Hälfte weniger gezahlt als hier denn es ist doch für uns besser. Und Leute bekommen wir ein jeder wenn wir welche brauchen Ich hab einen Punkt daß wir Leute bekommen billige und gute Arbeiter nicht solche die die Arbeit schnell herunter hauen. Ich bin deshalb nicht böse wenn Sie den G. . . wieder auf 14 Tage nehmen Ich nimme ihm nicht mehr mir wärs am liebsten wenn Sie heute Abend in die Reichshalle kommen möchten damit wir davon sprechen können wenn Sie ein Mann sind wenn wir nicht früher zusammenkommen so erwartete Sie um 8 Uhr herrum dort

Hochachtungsvoll

(Stautschufstempel.)

Die Perlmutterdrechler, auch die Oesterreicher, werden es sich zweimal überlegen, diesem kleinen Bernegrotz für seine sauberen Pläne ihre Unterstützung zu leisten. Sie werden gut tun, einen großen Bogen um sein Geschäft herumzugehen und ihn seine Arbeit allein machen zu lassen.

Beringswalde. Nach drei Monate dauernden äußerst schwierigen Verhandlungen und teilweise heftigen Auseinandersetzungen kamen auch wir, und zwar das erstemal, zum Abschluß eines vierjährigen Vertrages mit den Arbeitgebern des hiesigen Städtchens, zu welchem noch die Zahlstellen Waldheim, Gartha und Leisnig gehören. Auch wurden die Tagationstarife sowohl textlich als auch illustrativ erheblich erweitert. Die Kämpfe, die 1906 hier und 1911 in Rabenau von beiden Seiten mit Opfermut und Erbitterung geführt wurden, haben wir mit einer Niederlage beenden müssen, und trotzdem sind dieselben nicht umsonst geführt worden. Die Arbeitgeber haben mit der Zeit einsehen gelernt, daß es doch besser sei, obgleich sie im hiesigen Gebiet gut organisiert und auch der Streikentschädigungsgesellschaft angeschlossen sind, die Arbeiterschaft und deren Organisation als gleichberechtigten Kontrahenten anzuerkennen und mit ihr Frieden zu schließen. Wenn auch hier und da mal ein Arbeitgeber glaubt, sich noch einen Extratanz erlauben zu müssen, ja hoffen wir, daß auch das mit der Zeit verschwinden wird. Voraussetzung ist dabei, daß auf Seiten der Arbeitgeber das ehrliche Bestreben vorhanden ist, das im Vertrage festgelegte auch innezuhalten. Hoffen wir das Beste! Nun, nachdem die Wogen der Erregung sich wieder etwas geglättet haben, können wir uns auch wieder der Agitation widmen und den Bildungsbestrebungen unserer Kollegen Rechnung tragen. Zum 24. August hatten wir den Reichstagswahlordenen Kollegen Wostel-Chernik gewonnen, welcher über das Bestreben der Arbeitgeber gegen das Recht zu sprechen. Am 28. August referierte Kollege Goldammer-Dresden über das Thema: „Die Maschinenarbeiter-

einst und jetzt“ in einer Maschinenarbeiterversammlung. Wenn auch die Versammlungen in Anbetracht der Verhältnisse gut besucht waren, so möchten wir die Kollegen bitten, das Gehörte denen, die nicht anwesend waren, zu übermitteln und dafür zu sorgen, daß bei den nächsten Veranstaltungen das Haus noch voller ist. Es ist Pflicht jedes Kollegen, tatkräftig zu agitieren und organisieren, damit, wenn die Scharmacher ihre schwarzen Pläne einmal verwirklichen wollen, auch wir zum Kampf gerüstet sind.

Silbesheim. Verfolgt man die Stimmung der einzelnen Zahlstellen über den verfloffenen Verbandstag, so ist dieselbe im größten Teile keine gute zu nennen. Es ist eigentlich nicht zu verwundern, daß wieder eine Erhöhung der Beamtengehälter beschlossen wurde, obwohl hier nun auch bald mal Hall gemacht werden könnte, denn diese Gehaltserhöhungen hatten nicht mehr Schritt mit den Lohnaufbesserungen der übrigen Kollegen. Nun wäre es jedoch auch mal Aufgabe des Hauptvorstandes, an eine Regelung der Entschädigung der Funktionäre der kleineren Zahlstellen heranzugehen, nämlich der Kollegen, welche die Geschäfte des Verbandes in ihrer freien Zeit besorgen, nachdem sie 1/2 und mehr Stunden im Dienste des Kapitals gestanden haben. An diese Kollegen ist noch nie gedacht worden, obwohl doch deren Arbeit so gut bewertet wird als wie die der Beamten. Die Zahlstellen sollten sich in einer Versammlung damit beschäftigen, daß den Mitgliedern der Verwaltung eine angemessene Entschädigung für ihre Bemühungen für das allgemeine Wohl des Verbandes gewährt wird. Sollte nun durch diese Mehrbelastung der Lokalkasse das Abführen eines erhöhten Beitrages an die Hauptkasse unmöglich werden, so möge man dem Hauptvorstand zur Antwort geben, nur genau im Sinne des Berliner Verbandstages gehandelt zu haben. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Neufalz a. D. Die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen ist hier oft eine sehr minimale. Statt ernstliche Beratung zu pflegen, wie unsere gedrückte Lage zu verbessern ist, ergehen sich nicht selten Kollegen in gegenseitigen Meibereien, die auf rein persönlichen Angelegenheiten beruhen. Dies kann unserer ganzen Sache nur hinderlich sein. Möge doch jeder Kollege bedenken, daß, wenn er als klassenbewußter Arbeiter gelten will, er in seinem eigenen Interesse und in dem der Allgemeinheit die Versammlungen besuchen muß, um hier seine Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen. Darum, Kollegen, streift die Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit ab, streift die lächerliche Furcht vor dem Arbeitgeber ab, und als Männer, die ihr doch wohl alle sein wollen, laßt Euch, wenn Ihr den ganzen Tag unter der Fuchel des Arbeitgebers steht, nicht noch über Eure freie Zeit Vorschriften machen. Der einzelne sollte sein Interesse nicht auf den Schützenplatz oder auf Altimbvereine beschränken. Bedenkt, daß auch wir in nächster Zeit unsere gedrückte Lage erleichtern müssen. Unsere Mitgliederversammlungen finden regelmäßig am Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats statt, so auch am 21. September, abends 8 Uhr, in der „Eisenbahn“, wo ein Vortrag über „Die Pflichten und Rechte des Menschen“ gehalten wird.

Stuttgart. (Modellschreiner.) Hier herrscht gegenwärtig eine günstige Geschäftskonjunktur. Eine am 1. August aufgenommene Statistik ergab, daß in 9 Maschinenfabriken 117 Modellschreiner und 12 Lehrlinge, in 12 Modellschreinerereien 50 Modellschreiner und 27 Lehrlinge beschäftigt sind. Demnach werden in Maschinenfabriken auf 100 Gesellen 11 Lehrlinge gehalten, in den Modellschreinerereien dagegen 54. Diese Zahlen beweisen, in welcher hoher Blüte die Lehrlingszucht in den Stuttgarter Modellschreinerfabriken noch steht. Verdient wird durchschnittlich in Maschinenfabriken (im Akkord) 36,60 Mk., in den Modellschreinerfabriken (im Lohn). Organisiert sind im Holzarbeiterverband 110 Kollegen. Trotzdem infolge der guten Konjunktur die Löhne in verschiedenen Betrieben eine erfreuliche Steigerung erfahren haben, sind die Stuttgarter Kollegen doch nicht zu beneiden; denn Stuttgart genießt nach wie vor den Ruf einer sehr teuren Stadt. Es wird noch eifriger Organisationsarbeit bedürfen, bis es den Kollegen am Orte gelungen ist, ihr Einkommen mit den hier bestehenden hohen Lebensmittel- und Wohnungspreisen einigermaßen in Einklang zu bringen.

Wismar. Der Versammlungsbesuch läßt erfahrungsgemäß im Sommer etwas nach. Viele Kollegen betreiben nebenbei etwas Gartenwirtschaft, und wird das als Grund für die Versäumung der Versammlung angegeben. Es wäre aber trotzdem möglich, die Versammlungen besser zu besuchen, wie es hier in letzter Zeit der Fall war. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, eine intensive Agitation am Orte zu betreiben, da hier noch ein großes Feld zu bearbeiten ist. Diese Arbeit kann aber nur Erfolg bringen, wenn die Kollegen der Lokalverwaltung nicht alles allein überlassen. Wir erwarten, daß sich Kollegen in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen, um bei der Agitation mitzuwirken. Schon der Umstand, daß die hiesigen Kirche sich in letzter Zeit mit prahlerischen Artikeln in der „Eiche“ brüsten, was für Gelden sind, sollte unseren Kollegen ein Ansporn sein, dieser Gesellschaft einmal gründlich zu zeigen, wie bedeutungslos sie sind. Darum, Kollegen, besucht alle die nächste Mitgliederversammlung, wo wichtige Fragen zu entscheiden sind. Wenn alle Kollegen auf dem Posten sind, werden wir auch in Wismar vorwärts schreiten.

Bürid. (Vergolder.) Deutsche Vergolder kommen oft hierher, ohne den Arbeitsnachweis berücksichtigt zu haben. Hier wird dann erzählt, sie seien irgendwo früher organisiert gewesen, nur auf der letzten Stelle duldet der Chef keine Organisation. Soldaterei klauen lassen wir natürlich nicht gelten. Wer hier Arbeit bei der Firma Weil annimmt, wird direkt an den Zwischenmeister Delfers vermittelt. Gerade weil wir in der Schweiz, die Zwischenmeister energisch bekämpfen, um unsere idyller errungene Position nicht preiszugeben, ist der Zugang ohne Nachweis streng verboten. Wer bei Delfers, einem Köhler, arbeitet, muß zugleich bei ihm essen und wohnen und wozu auch noch? Einem auswärtigen Kollegen, den dieser Meister mittam der Frau engagiert hatte, haben wir nach vier Wochen

Arbeit aus der Patzche helfen müssen, in die er dort geraten war. In Zukunft werden wir aber solche unvorsichtig handelnde Kollegen sich selbst überlassen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt lediglich durch den Kollegen U. Pfaffenlehner, Altketten-Bürid, Oberwiesenstraße 12.

Unsere Lohnbewegung.

In Brandenburg sind die Differenzen der Metallarbeiter mit den Eruna-Bor-Werken (Gebr. Reichstein) wieder beigelegt, und ist deshalb die Aussperrung am 23. August aufgehoben worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit konnte jedoch erst am 2. September erfolgen, da vorher eine Inventuraufnahme vor sich gehen sollte.

In Burg b. Magdeburg hat sich die Firma Wolf fünf von den vorher in der Waggonfabrik Wölck beschäftigten Streikbrechern zugelegt. Trotzdem hat sich die Gesamtzahl der Streikbrecher im Betriebe nicht über 12 erhöht, denn fünf von den übrigen kam schon ein Grausen vor diesen neuen Mitarbeitern an, daß sie sofort verdufteten. Auch den noch verbliebenen ist nicht mehr wohl in ihrer Haut, was sich daraus schließen läßt, daß sie sich schon verschiedentlich um Arbeit in anderen Betrieben bemüht haben. Der übliche Unfug mit Revolvern und Dolchen wird natürlich sowohl im Betriebe als auch außerhalb desselben angeheult, ohne daß die Polizei bisher etwas dagegen unternommen hätte. Die Firma Wolf täuscht damit niemand über die Unzulänglichkeit ihrer Arbeitskräfte, sowohl nach Zahl als nach Leistungsfähigkeit hinweg. Die Tischfabrik von Wolf bleibt deswegen für Tischler, Drechsler und Polierer weiter strengstens gesperrt.

In Dinkelsbühl sind die Binselmacher der Zilliale der Nürnbergger Binselfabrik Regensteiner seit dem 27. Juni ausgesperrt, weil sie sich weigerten, einen großen Posten einer bereits abgenommener Arbeit umsonst nachzuarbeiten. Es handelt sich dabei um eine schlecht bezahlte Serie, die immer in der gleichen Ausführung, wie jezt, geliefert wurde und trotzdem nur einen geringen Verdienst brachte.

In Mülheim a. D. haben in der Uhrenfabrik Müller u. Co. sämtliche Uhrgehäuse-schreiner die Kündigung eingereicht. Gefordert wird Regelung des Akkordtarifs, 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, Mindestlohn von 35 bzw. 40 Pf. für Arbeiter über 21 Jahre, Abschaffung des Strafsystems und Abstellung verschiedener Mängel. Die Zugeständnisse der Firma sind nur minimal.

In Magnit ist der Streit bei der Firma J. Bräuning u. Sohn durch einen von unserem Verband abgeschlossenen Tarifvertrag beendet, der zugleich auch die derselben Firma gehörenden Betriebe in Frankenberg und Langendiebach umschließt. Der Vertrag bringt an Arbeitszeitverkürzung für Magnit, wo bis vor kurzem noch 63 Stunden gearbeitet wurde, eine solche von 57 Stunden pro Woche, für Langendiebach von 59 1/2 auf 56 und für Frankenberg von 58 1/2 auf 56 Stunden. Der durch die Arbeitszeitverkürzung entstehende Lohnausfall wird durch Fortzahlung des alten Wochenverdienstes von der Firma gedeckt. Außerdem erhalten die Lohnarbeiter an zwei Terminen je 5 Proz. Lohnerhöhung. Die Verbesserungen für die Akkordarbeiter betragen ebenfalls zirka 14 Proz. insgesamt. Ueberstunden werden mit 20 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. bezahlt. Der Mindestlohn beträgt für männliche Arbeiter über 20 Jahre 33 bis 35 Pf., von 18 bis 20 Jahren 26 bis 35 Pf. und 16 bis 18 Jahren 20 bis 25 Pf. Für weibliche Arbeiter über 20 Jahre 20 Pf. und mehr, von 16 bis 20 Jahren 18 bis 20 Pf., von 16 bis 18 Jahren 15 bis 17 Pf. Für Arbeiter unter 16 Jahren unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung. Ab 1. September 1914 erhöht sich der Mindestlohn um 5 Proz. und am 1. September 1915 um weitere 2 Proz. In Frankenberg sind die Mindestlöhne um zirka 2 Pf. pro Stunde höher. Obwohl auch diese Sache im allgemeinen noch recht niedrig sind, bedeutet die erreichte Regelung gegenüber dem bisherigen Zustand doch einen tüchtigen Fortschritt. Zu beachten ist auch, daß die Stundenlöhne in ihrer jetzigen Höhe während der ganzen Vertragsdauer für volle 60 Stunden pro Woche bezahlt werden. Der sich hiernach ergebende Wochenverdienst wird beim Ablauf des Vertrages entsprechend der dann bestehenden Arbeitszeit in Stundenlohn umgerechnet. Der so ermittelte Stundenlohn gilt alsdann als Mindestlohn. Auf diese Weise ist vorgesorgt, daß die Mindestlöhne in Zukunft beträchtlich gesteigert werden können. Als Einigungsamt gilt bei Differenzen das Hanauer Gewerbegericht. Der Vertrag beginnt mit dem 1. September 1912 und läuft am 1. September 1916 ab. Er gilt auf ein weiteres Jahr, wenn er nicht von einer der beiden Parteien 3 Monate vorher gekündigt wird.

In Schleswig ist in bezug auf den Streit der Tischler insofern eine Aenderung zu verzeichnen, als mit den beiden Baugeschäften Aug. Thomsen und Oldenburg eine Einigung erzielt ist, mit der unsere Kollegen in materieller Hinsicht vollumfänglich zufrieden sein können. An Stelle der von uns geforderten 9 1/2 Stunden Arbeitszeit, die man aus Furcht vor dem Arbeitgeberverband nicht bewilligen zu können vorgab, wird in beiden Geschäften nur 9 Stunden gearbeitet und betreffs Lohn usw. sind unsere Forderungen durchweg erfüllt. Wie lange sich die Tischlermeister noch vom Arbeitgeberverband terrorisieren lassen wollen, müssen wir unter diesen Umständen abwarten.

In Suderode sind in der Stoffabrik von A. Jahn die Differenzen nach zweiwöchigem Streit durch Unterhandlungen beigelegt, und ist die Arbeit am 27. August wieder aufgenommen worden. Zur Sicherung für die Zukunft ist dem bestehenden Vertrage angefügt worden, daß, bevor derartige Differenzen durch Streit oder Aussperrung zum Austrag gebracht werden, dieselben erst den Zentralvorständen zur Entscheidung unterbreitet werden müssen. Anerkannt ist auch, nicht nur als Grundtag, sondern auch praktisch für die vorliegenden Differenzfälle, daß bei Aenderung der Arbeitsmethoden die Arbeiter in ihrem bisherigen Verdienst nicht geschmälert werden dürfen, auch nicht während sogenannter Uebergangs- oder Probezeit.

In Travemünde sind die Schiffszimmerer und Tischler auf der Bootswerft von Seeliching entlassen worden. Wegen der Ueberfahrt zur Werft waren schon wiederholt

Differenzen entstanden, die sich in der letzten Woche verschärfen. Die Kollegen stellten nunmehr Forderungen auf Abschaffung dieser Zustände. Der Kommission, die bei Herrn Schlichting vorstellig wurde, erklärte der Herr kurz, daß alle aufhören könnten. Bezug von Schiffszimmerern, Tischlern und Stellmachern ist fernzubalten.

In Wilsau wird der Kampf gegen die vertragsbrüchige Firma Aug. Koppermann ungeschwächt weitergeführt. Von den 90 Kollegen, die seit der Konfliktzeit den Betrieb verlassen haben, sind bereits 46 anderwärts in Arbeit getreten. Der Stand des Streiks kann daher als sehr günstig bezeichnet werden. Nur der christliche Holzarbeiterverband hat dem Streik ein gewaltiges Ende prophezeit, und zwar, weil derselbe vom Verbandsvorstand nicht genehmigt sei. Auf diesen elenden Schwundel und sonstige Verleumdungen hier näher einzugehen, halten wir unter unserer Würde. Man kann aber auch von Leuten, die dem Streikbruch das Wort reden und ihre „Verbearbeit“ mit Streikbruch begünstigen, wirklich nichts anderes verlangen. Nur eins sei den Brüdern in Christo gesagt, die Disziplin und die Leistung im Deutschen Holzarbeiterverband ist eine so vorzügliche, daß die Mitglieder es nicht nötig haben, Streiks ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes zu führen. Im übrigen wird der Streit solange geführt werden, bis ein befriedigender Abschluß erreicht ist.

Aus der Holzindustrie.

Vom Submissionswesen.

Auf die Tischlerarbeiten für das neue Malhaus zu Schöneberg war kürzlich eine Submission ausgeschrieben, deren Ergebnisse in den weitesten Kreisen Aufsehen erregt haben. Die „Nachzeitung“ der Tischlermeister hat sich in mehreren Nummern sehr eingehend mit dem Gegenstand beschäftigt, der mit Recht das Interesse der Berufsgenossen in hohem Maße in Anspruch nimmt. Nach den Berichten der „Nachzeitung“ war zunächst eine beschränkte Submission ausgeschrieben worden mit dem Ergebnis, daß die angebotenen Preise nicht sehr wesentlich voneinander abwichen. Da jedoch diese Preise um etwa 30 000 Mk. höher waren als die Voranschätzung, wurde die Submission umgeworfen und eine öffentliche Submission ausgeschrieben, welche dann das so eigentümliche Ergebnis zeitigte.

Die Arbeit war in 7 Lose geteilt. Auf alle Lose zusammen wurden folgende Offerten gemacht: Wimmer 51 882 Mk., Mittag in Spremberg 52 914 Mk., Meier u. Müller in Spandau 55 023,03 Mk., Engelmann 56 172,50 Mk., Niejer Nachf. 57 930 Mk., Wolgast u. G. 63 799 Mk., Gebr. Weidner 64 301,50 Mk., J. Mittag 69 194 Mk., G. Wagner in Wilmersdorf 70 425 Mk., Lübnig u. Neefe 75 642 Mk., E. u. G. Körner in Rummern 76 928,30 Mk., Schulz in Potsdam 84 120 Mk., Gilow u. Schulze 101 303,50 Mk., R. Gläker 107 208 Mk., R. Kupin 114 079 Mk., G. Bruns 115 614,50 Mk., G. Jäger u. Conradsen 116 246 Mk., F. Schirmer 116 904 Mk., Klagemann 117 162 Mk., J. Jacobi 117 338 Mk., E. Thom 118 975 Mk., Weiß Nachf. 119 856 Mk., Emmeluth 120 763 Mk., Schüte 121 048 Mk., E. Soffner Nachf. 121 221 Mk., P. J. Lüdke 122 196 Mk., G. Kuhner 124 411 Mk. und Herrgesell u. Hübnert 125 070 Mk.

Der Höchsterfordernde verlangt also für die gleiche Arbeit nahezu das Zweifelhafte dessen, wofür der Mindestfordernde die Arbeit ausführen will. Auffällig ist bei den Angeboten auch, daß sich Höchst- und Mindestgebot nicht etwa in großem Abstand von den übrigen Geboten unterscheiden, was zu der Annahme berechtigt hätte, daß es sich um Architekt oder Architekten bei der Kalkulation handelt. Die Kurve der Angebote verläuft vom ersten bis zum letzten ziemlich geradlinig. Man muß also annehmen, daß alle Submittenten gerechnet haben, die Frage ist also nur: wie sie gerechnet haben.

Die „Nachzeitung“ hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, einige Positionen nachzuschätzen. Sie hat Positionen aus Los 1 ausgewählt, für welche die Angebote zwischen 7355 Mk. und 18 846 Mk. schwanken. Es sind nur 63 Doppelfenster berechnet, die einen Preis von 11 118,65 Mk. ergaben. Außer diesen berechneten Positionen gehören zum Los 1 aber noch eine Menge anderer Arbeiten, wie 47 einfache vierflügelige Fenster, 21 vierflügelige und 2 zweiflügelige Doppelfenster, 2 Doppelfenster mit 4 einfache zweiflügelige Fenster. Wären auch diese noch berechnet worden, dann hätte sich vermutlich ergeben, daß auch das Höchstgebot noch zu niedrig bemessen war. — Das ganze Submissionsergebnis ist eine ich wer e Plamage für die Tischlerinnungen und sonstigen Organisationen der Tischlermeister in Groß-Berlin, denen die Submittenten mit wenigen Ausnahmen angehören. Wenn diese Organisationen überhaupt einen Zweck haben, dann müßte es doch in erster Linie der sein, ihre Mitglieder rechnen zu lehren und sie dazu zu erziehen, daß sie nicht durch fehlerhafte Kalkulationen sich selbst und das ganze Handwerk schädigen. Man kann es den Behörden schließlich gar nicht verdenken, wenn sie angesichts solcher Submissionsangebote die Preisforderungen der Handwerker von vornherein mit Mißtrauen betrachten. Die „Nachzeitung“ erhebt in erster Linie Vorwürfe gegen die vergebende Baubehörde. Sie fragt, ob es notwendig war, die erste, beschränkte Submission gütliches zu ignorieren? War es immer nötig, fragt sie, wenn man von vornherein nicht die Preise hätte, die gesamten Arbeiten einer Firma zu übertragen, daß man zuerst 19 Tischlermeister den 65 Zentner umfassenden Aufschlag ausarbeiten ließ? Sie weiß davon, daß das Ausarbeiten des umfangreichen Veranschlagtes nicht nur unmöglich war, sondern daß die Herren, die zum Festlegen an der engeren Submission aufgerufen wurden, auch noch die Kopialien für den Aufschlag extra bezahlen mußten.

Dieser Klagen kann die Berechtigung nicht verjagt werden und ebenso kann auch dem Verlangen der Handwerker zustimmend werden, daß vor der Ausschreibung von Submittenten Sachverständige zugezogen werden. Aber es darf betont werden, daß nicht unheimlich, ausreißende Preise zu fordern, welche die Handwerker dazu erzwungen werden, zu rechnen und ihre Preise gründlich zu kalkulieren.

Das ist eine sehr dankbare Aufgabe der Handwerkerorganisationen, der sie viel mehr Aufmerksamkeit widmen müßten als seither. Aber statt sich mit diesen Dingen zu beschäftigen, halten es die Herren für wichtiger, nach Buchhaltungen gegen die Gewerkschaften zu rufen und Pläne zu schmieden, um den Arbeiterorganisationen Knüttel zwischen die Füße zu werfen. Da ist es freilich kein Wunder, wenn sich die biederen Handwerker so blamieren, wie es anlässlich dieser Submission geschehen ist.

Terrorismuskünste werden von den Organen der Hirsche und der Christen um die Wette produziert. Sie haben das miteinander gemein, daß sie einer objektiven Nachprüfung nicht standhalten können. Die „Eiche“ ließ sich in ihrer Nr. 34 eine solche Moritat aus Hamburg berichten, wo einem arbeitslosen Hirsch in den Werkstätten der Hamburg-Amerikalinie in der schauerlichsten Weise mitgepöbelt worden sein soll. Fortwährend sei der arme Hirsch durch Heberungsversuche belästigt worden, um ihn zum Uebertritt in den Deutschen Holzarbeiterverband zu bewegen, und der „Übergewinn“ Ehrenthal hätte sogar als Werkstattdelegierter das Mitgliedsbuch des Gewerkevereins revidieren wollen. Das scheint ein ganz besonders schweres Verbrechen zu sein. Was davon zu halten ist, erhellt allein aus der Tatsache, daß der Kollege Ehrenthal sein Werkstattdelegierter ist. Er ist ein älterer Mann, dessen Verbandsstätigkeit sich auf die Zahlung der Beiträge beschränkt. Eine agitatorische Tätigkeit hat er nie entfaltet.

Der Drangsalierung des verfolgten Hirsches sei damit die Krone aufgesetzt worden, daß ihm seine Wäsche und Kleidungsstücke, die mit den Kleidern anderer Arbeiter in einem gemeinsamen Schrank aufbewahrt wurden, mit verschiedenen Farben beschmiert worden seien, wodurch sie völlig unbrauchbar geworden wären. Hier hat der Hirsch die Farbe sehr stark aufgetragen. Er hat den nicht unwesentlichen Nebenumstand zu erwähnen vergessen, daß auf dem Bord des Kleiderchranks Politur, Beizen usw. aufbewahrt werden, was allerdings nicht gerade zweckmäßig ist. Durch das zufällige Umsinken einer Flasche wurde der Stragen des Gewerkevereins mit Beize beschmutzt. Das ist freilich ein unangenehmes Malheur, aber von einem absichtlichen Verschmieren der Wäsche und Kleider mit den verschiedensten Farben, wodurch dieselben vollständig unbrauchbar geworden sind, kann keine Rede sein.

Zum Schluß sei der arme Hirsch entlassen worden, weil seine Kollegen nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten wollten; das habe ihm auch der Meister bei der Entlassung ausdrücklich gesagt. Daß der Hirsch entlassen wurde, ist richtig, den Anlaß dazu gab aber ausschließlich seine Murskerei. Aus dem gleichen Grunde hatte er schon auf der Vulkanwerft aufhören müssen, und auf der Hamburg-Amerikalinie hat der Meister das Spielwerk drei Wochen lang angesehen, dann hatte er genug. Der Meister hat, als er von dem Artikel der „Eiche“ Kenntnis erhielt, sein Erstaunen über die Frechheit geäußert, mit welcher darin geschwänzelt wird. Das ist der neueste Hirsch-Dunderliche Terrorismuskünste. Wir können ja die „Eiche“ nicht hindern, ihre Spalten mit solchen Sachen zu füllen; wir möchten ihr aber empfehlen, sich immer erst über die berufliche Leistungsfähigkeit des angeblich Terrorisierten zu erkundigen, wenn ihr solche Geschichten zugetragen werden, dadurch könnte sie sich und ihre Schützlinge vor mancher Blamage schützen.

Ihrem Hamburger Mitarbeiter sollte die „Eiche“ ganz besonders auf die Finger sehen, denn der besitz anscheinend eine große Fertigkeit darin, ihr Böses aufzubinden. So erzählte er in der Nr. 31 der „Eiche“ ein langes und breites von einem Streik in der Bautischlerei von Hantsler, dessen Hauptzweck es gewesen sein soll, zwei Hirsche herauszubringen. Es handelt sich bei dem Fall, den die „Eiche“ sehr umständlich erzählt, um folgendes: Für den Betrieb von Hantsler wurden Anschläger unter Leitung des Arbeitsnachweises eingestellt. Durch die Schuld der Arbeitgeber wurde die Erledigung des Streitfalles in der Schlichtungskommission verzögert. Nachdem sie mehrere Wochen gewarret hatten, ohne daß zwischen den Organisationsleitungen geführte Briefwechsel einen Erfolg gebracht hätte, stellten die Kollegen des Betriebes die Arbeit ein. Das half! In der nun schnell zustande gekommenen Verhandlung versprach Herr Hantsler, die zu Unrecht eingestellten Leute zu entlassen und künftig den Vertrag zu revidieren. Nach dreitägiger Streikdauer konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Bei dem Vorgehen hat man allerdings zwei Streikbrecher, die seit dem großen Streik im vorigen Jahre dort arbeiten, völlig links liegen gelassen. Jetzt erfahren wir aus der „Eiche“, daß diese Streikbrecher Mitglieder des Gewerkevereins sind. Das kann unsere Kollegen natürlich wenig rühren. Streikbrecher können sie selbstverständlich zu Verhandlungen über die Durchführung des Vertrages nicht zuziehen und dabei ist es gleichgültig, ob die Streikbrecher Hirsche oder ob sie gelb sind.

Die freie Organisation der Tischler Wiens. Neben dem Verband der Holzarbeiter Österreichs besteht in Wien seit dem Jahre 1891 eine besondere Organisation, die Fond in Fond und in vollem Einverständnis mit dem Holzarbeiterverband arbeitet, die freie Organisation der Tischler. Diese Organisation steht unter der Leitung des Hilfsauswärtigen, welcher auf Grund der Zimmereisgebäude zu wählen ist und baut sich auf die Vertrauensmänner auf, die in den Werkstätten gewählt werden. Die freie Organisation ist der eigentliche Träger der Lohnbewegungen unserer Wiener Kollegen und ihre Gründung war auch deshalb notwendig, weil seinerzeit keine Gewerkschaft die erforderliche Genehmigung erhielt, wenn sie die Streikunterstützung in ihrem Statut vorzab.

Nach dem vorliegenden Jahresbericht hat sich die freie Organisation im Jahre 1911 wieder recht gut entwickelt, obwohl sich auch in ihr die Quertreibereien der tschechischen Separatisten nachdrücklich bemerklich machten. Der Verband der Holzarbeiter hatte sich genötigt gesehen, vier tschechische Ortsgruppen in Wien aus diesem Grunde aufzulösen und zu beschließen, daß die Mitglieder der tschechischen Organisation nicht als vollwertig organisiert zu betrachten sind. Eine von 300 Vertretungsmännern, darunter 60 bis 70 Proz. tschechische Kollegen, entsandene Versammlung hat diesen Beschluß ausdrücklich gebilligt. Diesen ent-

schiedenen Stellungnahme ist es zu danken, daß die separatistische Bewegung unter den Wiener Tischlern keinen namhaften Erfolg aufzuweisen hatte. Die Separatisten wendeten sich bekanntlich nicht sowohl an die Unorganisierten, sondern ihr Bestreben ist darauf gerichtet, die bestehenden Organisationen zu zersplittern. In Wien sind so zirka 300 bis 400 Tischler zu den Separatisten übergetreten. Trotz dieses ungünstigen Moments hat sich die auf Grund der Beitragsleistung berechnete Mitgliedschaft der freien Organisation im Jahre 1911 von 9045 auf 9528 gesteigert.

Umfangreiche Lohnkämpfe waren im letzten Jahre nicht zu führen. An 19 Unternehmern wurden Forderungen verschiedenen Inhalts gestellt. Es wurden 10 Beträge abgeschossen, bei welchen 157 Gehilfen in Betracht kommen. Die Einnahmen der freien Organisation betragen 252 025 Kronen, die Ausgaben 104 684 Kronen. Hiervon entfallen auf den Agitationsfonds 18 784 Kr., auf Streik- und Gemahregelunterstützung 2287 Kr. An den Zentralschulffonds wurden 48 136 Kr. abgeführt und 35 000 Kr. wurden zu Rückzahlungen verwandt. Fremde Streiks wurden mit 500 Kr. unterstützt. Aus einem besonderen Fonds wurden zur Unterstützung von Witwen und Waisen 1240 Kr. verwendet. Der Jubiläumsfonds der freien Organisation schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7238 Kr. ab und verfügt über ein Vermögen von 38 153 Kr. Im letzten Jahre wurden aus diesem Fonds 14 Invaliden unterstützt.

Der Allgemeine Niederländische Möbelarbeiterbund hat im Juli eine Statistik über die Löhne in den größeren Betrieben in Amsterdam aufgenommen. Beteiligt haben sich 627 Arbeiter aus 40 Betrieben, von denen der größte 68 Gesellen beschäftigt. Von den Arbeitern waren 157 in obigem Verband, 103 im föderativen Bund „Anstels Genootschap“ und 22 in anderen Verbänden organisiert und 345 unorganisiert. Die Durchschnittslöhne der einzelnen Werkstätten für die über 24 Jahre alten Gesellen schwanken bei den Möbeltischlern zwischen 28% und 22, in einem Falle 16 Cents (1 Cent = 1,7 Pf.); bei den Stuhlmachern zwischen 23 und 30 Cents; den Drechsler 23 bis 32 Cents. Die Bildhauer standen zwischen 25 und 42 Cents, die Maschinenarbeiter zwischen 22 und 33 Cents. Als Forderung stellen die Organisationen für Amsterdam 26 Cents Mindestlohn auf.

Gewerkschaftliches.

Aus der Praxis der gelben Menschenhändler.

In Innsbruck in Oesterreich befinden sich die Tischler schon seit einer Reihe von Wochen im Streik. Statt sich mit den Arbeitern in Verhandlungen einzulassen, haben die Unternehmer sich eine Ladung „Hingemänner“ aus Hamburg verschrieben. Das ist ein sehr kostbares Vergnügen, und der einzige Vorteil, den die ehrbaren Tischlermeister daraus ziehen, ist der, daß ihnen das Gesindel die Buden verläuft. Der Führer der Kolonne ist inzwischen, da ihm der Boden in Innsbruck zu heiß wurde, bei Nacht und Nebel von dort verschwunden. Der in Innsbruck erscheinenden „Volkzeitung“ sind aber einige Brieflein in die Hände gefallen, welche der Agent der Sklavenhändler von seiner Firma in Hamburg erhalten hat. Da sie einen Einblick in das Geschäftsgebaren dieser verächtlichen Junst gestatten, deren Hauptabsatzgebiet das Deutsche Reich ist, seien die Briefe hier wiedergegeben. Der erste stammt von der sehr ehrenwerten Frau Blankenburg und hat folgenden Wortlaut:

„Herrn Felix Wenzel, erjuche Sie höflichst mir am kommenden Sonnabend 60 Mk. telegraphisch anzuweisen zu wollen, aber ganz bestimmt. Aber nur unter meinem Namen nach unserer Wohnung. Sie hatten mir doch die ersten 50 Mk. versprochen, nun will ich sehen, ob Sie Wort halten. Wie ich aus Ihren Schreiben vernommen habe, geht es dort sehr böse zu, verlieren Sie nur nicht den Mut, Kopf immer aufwärts. Sie müssen durchs Feuer gehen. Vergessen Sie auch nicht Veraeiner Tiroler Hut und Madgenanzug zu schicken, nicht etwa für einen Knaben einen Anzug, sondern für ein Madgen. Also erfüllen Sie meine Bitte da das Geld dringend gebraucht wird. Hier ist garnicht los.“

Also bitte Sonnabend bestimmt Geld schicken.

Besten Gruß Frau Blankenburg.“

Anscheinend hat die Gute mit dem braven Wenzel ein besonderes Geschäftchen gemacht, dessen Ertrag in ihre Privatkassette fließen soll. Der andere Brief stammt vom Chef der Firma und ist auf einem Geschäftsbriefbogen mit aufgedrucktem Briefkopf geschrieben. Das interessante Schreiben sieht so aus:

„Central-Arbeits-Nachweis der antigewerkschaftlichen Arbeiter. Erstklassiges Bureau für Streitangelegenheit (Inhaber: Karl Blankenburg). Begründet 1910, Hamburg 21, Humboldtstraße 135. Hamburg 21, den 7. August 1912.“

Herrn Wenzel, Innsbruck Tirol.

Zu Händen Deiner beiden Briefe, teile ich Dir mit, daß ich beim Herrn Brüll am Sonntag telegraphisch angefragt habe, ob es Ihnen angenehm ist, wenn ich Ihnen die Leute aus Berlin besorgen könnte da ich augenblicklich dort einige freibekomme allerdings mit dem Erjuchen, das er das Meisburo von Kurz u. Sohn davon in Kenntnis setzen sollte und diese den Auftrag erteilen möchten, wie es mit der Behörde der Leute gemacht werden sollte. (Ob Kurz u. Sohn die Reijegeld auszuhändigen soll oder die Karten von Berlin nach Innsbruck.) Da Leute hier in Hamburg vom Verband festgehalten werden. Ferner wurde Ihnen mitgeteilt, das die Leute die Knoth schon wieder angeboten hat, ich Ihnen auch sofort senden kann, dieses aber keine Tischler sind.

Habe am Dienstag 3 Mann für Colli abgejandt. Hoffentlich werden diese ankommen, bitte darüber zu be-

richten, gleichzeitig bitte den Brüll, das er mir doch über mein Telegramm seine Meinung mitteilen möchte, damit ich weiß, woran ich bin.

Bitte dem Verkleiden, ist es ganz gut, aber laß hier bitte das erforderliche Zeug zu Verfügung stellen. Sorge bitte dafür, daß die Rechnung für die Leute heutzutage wird, wenn diese weiß ist also am Sonnabend. Sonst alles in Ordnung.

Viele Grüße an Dich von uns allen Karl."

Die Innensbruder Bevölkerung war von dem aus Hamburg importierten Gefindel keineswegs erbaut und sie machte von ihren Gefühlen gegen den Sklavenaufseher Wenzel durchaus kein Geheul. Diesem begann es auf seinen Kontrollgängen in Innensbrud unheimlich zu werden, zumal die Polizeibeamten, die anscheinend nicht so dressiert sind, wie ihre reichsdeutschen Kollegen, sich dem Streifenbrecherkontrollen nicht auf besser Pfiff zur Verfügung stellten. Er klagte dem lieben Karl in Hamburg sein Leid und erhielt von diesem postwendend Verhaltensmaßregeln. Im dem Brief heißt es:

„Habe soeben Deinen Brief erhalten, und ersehe daraus, daß es sehr schlecht und jeden Tag dort für Dich schlechter wird. Nur frech sein und nicht blöde.

Um etwas näher Deinen Brief einzugehen, fällt es mir auf, daß wie du mir mitteilst, das der Polizeirat Dir es verboten hätte, auf den Straßen zu gehen, und wenn du seinen Rat nicht befolgen würdest er Dich bestrafen müßte.

Das ist nach meiner Uebersetzung vollständig unzulässig und scheint es dem „Herrn“ noch vollständig unklar zu sein, daß er dich auf Dein Ersuchen sozial Schutz zu bewilligen, soviel Du gebrauchst und bitte ich Dir diesen „Herrn“ gegenüber nicht blöde zu sein, ob es Deutschland oder wie du schreibst Ausland ist, hat damit garnichts zu tun.

Auch bitte ich den Herrn Tischlermeistern gegenüber energisch aufzutreten, und haben diese Dir gegenüber daß zu geben was Du verlangst, bloß nicht blöde sein.

Dein Kontrakt sowie die schriftliche Abmachung mit diesen Herrn lautet auf Tagelohn von Kronen 12 nebst freier Kost und Logis, und wenn die Herrn dieses wiederrufen wollen, bitte ich mir dieses sofort mitzuteilen, damit ich Dir den Vertrag einschicken kann.

Wenn es nun die Meister versuchen sollten Dich abzuziehen, so verlangst Du für 3 Wochen Lohn und zwar

Verbilligung per Tag Kr. 3,50 allerdings nur von dem Tage an wo Du entlassen wirst. „ 70,50 Meissegeld und Zehrgeld zurück „ 45,—

Zusammen „ Kr. 378,50

Wenn Du bei einer evtl. Entlassung diesen Betrag nicht gütlich bekommen kannst, geht Du scharf nach dem Gewerbegericht und klagst es denn ein.

Schreibe mir aber denn sofort bescheid, damit ich Dir ein Schreiben schicken kann, da ich solche noch hier habe. Vielen Gruß Karl."

Eines Kommentars bedürfen diese Briefe nicht, sie sprechen für sich selbst. So sieht das Gefindel aus, das sich in Deutschland des ganz besonderen Säugens der Behörden erfreut und dem zuliebe der Chor der Scharfmacher sich heiser schreit nach Ausnahmesehen gegen christliche Arbeiter, die bemüht sind, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wir haben es in der Tat herrlich weit gebracht in unserem lieben deutschen Vaterland!

Die schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1911. Endlich sind nun auch die schweizerischen Gewerkschaften über den Berg, es geht wieder vorwärts bei ihnen. Während sie im Vorjahre noch einen wenn auch nur scheinbaren Verlust von rund 2300 Mitgliedern vermelden mußten, können sie jetzt für das Jahr 1911 über einen Gewinn von 2772 berichten. Die Mitgliederzahl der 21 dem Schweizerischen Gewerkschaftsbunde angehörigen Verbände stieg von 63863 zu Ende 1910 zuzüglich damals 11481 Mitgliedern der inzwischen neu beigetretenen „Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten“, zusammen also 75344 Mitgliedern, auf 78119 am Schlusse des Jahres 1911. Diese Zahl setzte sich zusammen aus 71271 männlichen und 6848 weiblichen Personen. Prozentual weisen die Arbeiterinnen den größten Zuwachs an Organisierten auf. Von den 21 Verbänden hatten 5 Verläufe an Mitgliedern zu verzeichnen, die aber nur bei den Textilarbeitern und den Bauarbeitern erheblich waren, bei den letzteren sogar 45 Proz. des alten Bestandes ausmachten. Demgegenüber stehen aber Gewinne von 18 und 20 Proz. bei den Lehren- und den Genusmittelarbeitern, die damit ihre vorjährige Einbuße wieder ausfüllten. Die durchschnittliche Mitgliederzunahme aller Verbände beträgt 3,6 Proz., die Holzarbeiter erzielten allerdings nur 2,5 Proz.

Erfreulicherweise hat die bereits im Vorjahre fühlbare innere Erstarkung angehalten. Die Einnahmen aus Beiträgen weisen allein eine Steigerung um 9 Proz. auf, also um weit mehr als durch den Mitgliederzuwachs bedingt wurde. Insgesamt wurden vereinnahmt an Eintrittsgeldern 6435 Frank, Beiträgen 1599419 Frank, Extrabeiträgen 46677 Frank, Unterstützungen von anderen Organisationen 29782 Frank, Sonstiges 196998 Frank, zusammen also 1579311 Frank. Die Leistungen der Mitglieder an Beiträgen schwanen bei den einzelnen Gewerkschaften zwischen 3,60 Frank bei den Gemeindefabrikarbeitern und denen der Transportanstalten (Eisenbahner) und 93,59 Frank bei den Buchdruckern. Die Lithographen erzielten 71,21 Frank, die Holzarbeiter 31,05 Frank. Die Besserung in der Geldsituation und das Fehlen großer Kämpfe ist den Gewerkschaften schuldig gewesen und hat sie somit ihren künftigen Aufgaben gegenüber gerüsteter werden lassen.

Die polnische Berufsvereinigung ist eine Transnation, welcher ein gewerkschaftlicher Charakter nicht ohne weiteres zuerkannt werden kann. Ihre Hauptaufgabe ist die Pflege

des polnischen Nationalgefühls und nach ihren Klassenabschlüssen liegt ihr hauptsächlichster Wirkungskreis in der Gewährung von Unterstützungen in Krankheits- und Sterbefällen. Daneben wird aber auch Sireil-, Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung gezahlt, wenn auch nur in bescheidenem Umfang. Die polnische Berufsvereinigung gliedert sich in eine Abteilung für Bergarbeiter, eine solche für Stättenarbeiter, der aber auch Metallarbeiter, Textilarbeiter und Arbeiter in anderen Fabriken angehören können, und eine Abteilung für Handwerker und Gehilfen, welche Angehörige der verschiedenartigsten Berufe umfaßt. Im Jahre 1910 zählte die Gesamtorganisation 57088 Mitglieder, von welchen auf die Bergarbeiter 38593, auf die Stättenarbeiter 11380 und auf die Handwerker 8015 entfielen. In der Abrechnung für das Jahr 1911 sind keine Mitgliederzahlen angegeben, doch ergibt die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen eine Steigerung von 626912 Mk. auf 735086 Mk. oder um 17,2 Proz. Danach dürfte sich der Mitgliederstand auf etwa 88000 gehoben haben. Die Gesamteinnahmen der drei Abteilungen betragen 1487469 Mk. Ausgegeben wurde an Krankenunterstützung 145558 Mk., an Sterbegeld 29912 Mk., an Rechtsschutz 30591 Mk., an Reise- und Umzugsunterstützung 6558 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 18681 Mk. und an Streikunterstützung 59991 Mk. Das Gesamtvermögen der polnischen Berufsvereinigung stieg von 728413 Mk. im Jahre 1910 auf 909486 Mk. am Schlusse des Jahres 1911. Kürzlich hat sich aus der Gruppe der Handwerker und Gehilfen eine neue, vierte, Abteilung der polnischen Berufsvereinigung 2500 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter angehören, die der neuen Abteilung zugeführt werden sollen.

Die Generalversammlung des Schneiderverbandes tagte vom 12. bis 18. August in Wien. Einen großen Raum nahm in den Verhandlungen die Besprechung der diesjährigen Frühjahrslohnbewegungen ein, wobei von mehreren Seiten ein größeres Mitbestimmungsrecht der örtlichen Mitgliedschaften bei den Tarifabschlüssen gefordert wurde. Der Verbandstag erklärte sich jedoch schließlich fast einstimmig mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden und stimmte ferner einigen Vorschlägen der Unparteilichen zu, wonach künftig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch einheitlicher als bisher durch Reichstarif geregelt werden sollen. Nach einem Referat über das Hausarbeitsgesetz wurden die Mitglieder durch eine Resolution ersucht, trotz der Unzulänglichkeit die geschaffenen Schutzbestimmungen auszunutzen. Ferner wurde der Konsumgenossenschaftsbewegung die Sympathie ausgesprochen. Den mehrfachen Wünschen auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll dadurch entgegengekommen werden, daß der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet. Neu eingeführt wird ohne eine Aenderung der Beitragshöhe die Sterbeunterstützung, die je nach Lohnklasse und Mitgliedschaftsdauer zwischen 15 und 50 Mk. betragen soll. Für die Streikunterstützung wurde die Gleichstellung lediger und Verheirateter beschlossen, nur erhalten letztere pro Kind und Woche 1 Mk. bis zu 4 Mk. mehr. Als Ausgleich für die eingetretene Teuerung wurden alle Angestellten des Verbandes in der Gehaltskala mit Rücksicht ab 1. Januar 1912 um zwei Jahre vorgezogen. Den großen Beifall fanden die Einführungen des Delegierten Systems zu ihren Generalversammlungen zugestanden. Die besoldeten Mitglieder des Vorstandes wurden um einen Sekretär und einen zweiten Redakteur vermehrt.

Soziale Rechtspflege.

Aus der Arbeiterversicherung.

gh. In einer Fabrik war den Arbeitern ein Speiseraum und darin ein Ofen für das Wärmen der Speisen zur Verfügung gestellt. Ein Arbeiter verunglückte, als er hier sein Essen wärmen wollte. Er hatte das Gefäß mit dem Essen auf dem Ofen gestellt. Als er glaubte, das Essen werde warm genug sein, machte er den Verschluss des Deckels auf, und da schleuderten die Dämpfe den Deckel mit einem lauten Knall fort. Der Deckel traf den Kopf des Arbeiters, und die Dämpfe strömten dem Arbeiter ins Gesicht. — Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht lehnten den Anspruch des Verletzten auf eine Unfallentschädigung ab, da der Unfall in keinem inneren Zusammenhange mit der Arbeit stehe, also kein Betriebsunfall sei, und die Unfallversicherung nur die Schäden infolge eines Betriebsunfalles zu entschädigen habe.

Betriebsunfälle sind nach dem Gesetz solche Unfälle, die sich bei versicherten Betrieben oder Tätigkeiten ereignen haben. Versichert war der Betrieb, in dem der Verunglückte beschäftigt war. Es fragte sich also nur noch, ob der Unfall sich bei dem Betrieb ereignet hat.

Der Betrieb umfaßt alle Tätigkeiten, die die Zwecke des Betriebs zu fördern bestimmt sind. Der Speiseraum mit dem Ofen diente fraglos den Zwecken des Betriebs. Der Betriebsinhaber hatte diese Einrichtungen deshalb herrichten lassen, weil er in seinem Betriebe auch solche Arbeiter beschäftigen muß, die so weit wohnen, daß sie in der Mittagspause nicht nach Hause zum Essen gehen können, sondern im Betrieb essen müssen.

Jedoch hat das Wärmen des Essens an sich nichts mit dem Betrieb zu tun. Das ist vielmehr eine Tätigkeit, die der Arbeiter nur für sich ausgeübt hat. Hätte sich der Arbeiter bei dem Essen z. B. mit dem Messer verletzt, so wäre dieser Unfall kein Betriebsunfall gewesen, falls nicht besondere Umstände einen inneren Zusammenhang des Unfalls mit dem Betrieb herstellten. Solch ein besonderer Umstand konnte sein, daß etwa der Tisch im Speiseraum fehlerhaft war, und dies den Unfall verschuldet hätte. Der Tisch ist eine Betriebs Einrichtung. Der Unfall wäre also durch eine Betriebs einrichtung, an der der Arbeiter seine Tätigkeit ausübte, herbeigeführt worden, und aus diesem Grunde wäre der Unfall als Betriebsunfall anzuerkennen.

Bei dem Unfall am Ofen war der Sachverhalt nicht so einfach. Der Ofen hat den Unfall nicht verschuldet. Vielmehr kam der Unfall daher, daß der Arbeiter ein ganz fest verschlossenes Gefäß benutzt hatte, das die Dämpfe nicht während des Erwärmens allmählich herausließ, so

daß sie beim plötzlichen Öffnen des Gefäßes mit großer Gewalt herausströmten.

Das Sächsische Landesversicherungsamt, das in diesem Falle die endgültige Entscheidung zu treffen hatte, wies aber mit Recht darauf hin, daß der Arbeiter ein derartiges Gefäß gerade mit Rücksicht auf seine Arbeit im Betrieb verwendet hatte. Der Arbeiter wohnte so weit von der Fabrik entfernt, daß er ein fest verschlossenes Gefäß haben mußte, wenn er das vom Hause mitgenommene Essen nicht unterwegs verschütten wollte. Aus diesem Grunde entschied das Gericht: der Unfall ist ein Betriebsunfall, der Verletzte muß von der Berufsgenossenschaft entschädigt werden.

Dieser Fall ist auch deshalb so lehrreich, weil er zeigt, daß das Recht des Arbeiters auf die Unfallentschädigung mitunter von einem scheinbar ganz nebensächlichen Umstande abhängen kann. Wir müssen daher immer wieder den Arbeitern raten, sich nach einem Unfall möglichst bald an das Arbeiterssekretariat zu wenden, damit hier alle für die Sache wichtigen Tatsachen festgestellt werden. Je früher dies geschieht, desto leichter sind die notwendigen Zeugen zu ermitteln. —

Die Sägung einer Krankenkasse kann Mitgliedern das Krankengeld ganz oder teilweise auch dann versagen, wenn sie sich eine Krankheit vorsätzlich zugezogen haben. Diese Bestimmung klingt selbstverständlich und scheint überflüssig. Welcher geistig gesunde Mensch wird sich vorsätzlich, also mit Absicht, eine Krankheit zuziehen? Dennoch ist ein Fall vorgekommen, der nur zu leicht selbst bei einem verständigen und ordentlichen Arbeiter möglich ist, und in dem die Anwendung der Bestimmung zu einer argen Ungerechtigkeit geführt hat.

Ein Arbeiter hatte sich einen Bruch zugezogen. Er ließ sich operieren, ohne daß der Kassenvorstand dazu seine Zustimmung gegeben hatte. Seinen Anspruch auf Krankenhilfe wies aber die Krankenkasse zurück mit der Begründung, der Arbeiter habe sich vorsätzlich seine Krankheit zugezogen.

In dieser Sache hatte der Badische Verwaltungsgerichtshof das entscheidende Wort. Er stellte fest, daß nach der Meinung der Ärzte, die den Zustand des Arbeiters vor der Operation kannten, die Operation nicht dringlich notwendig gewesen sei. Zur Zurückhaltung des Bruchs hatte die Kasse die Lieferung eines Bruchbandes gewährt und erforderlichenfalls die Lieferung eines neuen Bruchbandes angeboten. Jedoch hatte der Arzt die Operation empfohlen, um gründlich die Gefahr einer lebensgefährlichen Einklemmung des Bruchs zu beseitigen. Das Gericht nahm an: der Arbeiter hätte sich — bei der einfach natürlichen Heilung über die Folge der von ihm allein veranlaßten Operation — dessen bewußt werden müssen, daß er sich dadurch, also vorsätzlich, eine Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zuziehe. Aus diesem Grunde wies das Gericht den Arbeiter ab: die Krankenkasse braucht weder die Kosten für die ärztliche Behandlung zu bezahlen noch das Krankengeld zu gewähren.

Aus der Entscheidung, die das Zentralblatt der Reichsversicherung veröffentlicht hat, sind nicht die weiteren Einzelheiten zu ersehen. Wir müssen uns daher den Verlauf der Dinge so vorstellen, wie er am wahrscheinlichsten ist. Der Arbeiter zieht sich einen Bruch zu. Der Mann hat noch niemals ein derartiges Leiden gehabt und ist daher ängstlich. Auf der Kasse wird ihm gesagt: Die Sache ist nicht schlimm; wir liefern ein Bruchband, dann ist wieder alles gut. Trotzdem ist der Arbeiter unruhig; er geht zu seinem Arzt und fragt den um Rat. Der sucht ihn auch zu beruhigen; auf die Frage aber, ob nicht eine lebensgefährliche Folge eintreten könnte, antwortet der Arzt: Eine lebensgefährliche Folge ist nur dann ausgeschlossen, wenn wir eine Operation vornehmen. Der Arbeiter will sich aber vor der lebensgefährlichen Folge möglichst gründlich schützen; daher ersucht er den Arzt, ihn zu operieren, verjährt es aber, vorher die Zustimmung der Kasse einzuholen.

Die Veräumnis ist sehr begreiflich. Denn für seine ärztliche Behandlung hat er sich doch an seinen Kassentarz zu wenden. Daher liegt für ihn die Vermutung nahe, daß das, was ihm der Arzt empfiehlt, auch ohne eine besondere Zustimmung des Kassenvorstandes maßgebend sein muß. Ja selbst dann, wenn er vor der Operation beim Kassenvorstand angefragt hätte und ihm die Operation verboten worden wäre, könnten wir es durchaus begreifen, daß der Arbeiter auf den Rat des Arztes in dieser Sache mehr gegeben hätte, als auf das Verbot des Kassenvorstandes.

In jedem Falle handelte der Arbeiter nicht mit der Absicht, sich eine Krankheit zuzuziehen, sondern einzig und allein in dem Bestreben, sich vor einer lebensgefährlichen Folge seines Leidens zu schützen. Daß die Juristen trotzdem sein Verhalten als die vorsätzliche Herbeiführung einer Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes auffassen würden, das brauchte er als Arbeiter nicht zu wissen, hat er wohl auch nicht gewußt. Es ist daher unbegreiflich, wie ein Kassenvorstand in einem solchen Falle die Krankenhilfe verweigern konnte. Bedauerlich aber ist es, daß das hier zuständige oberste Gericht nicht mehr Einblick in die Arbeiterverhältnisse hatte und deshalb eine Entscheidung getroffen hat, die mit unserem Rechtsgefühl im Widerspruch steht.

Literarisches.

Zur Einführung in Marx' „Kapital“ ist jetzt im Verlag von Kaden u. Comp. in Dresden von Max Gurnwald eine Broschüre als Heft 1 einer Sammlung „Abhandlungen aus Vorträgen zur sozialistischen Bildung“ erschienen. Heft 2 und 3 sind bereits vorher herausgekommen. Jedes Heft kostet 40 Pf.

Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen von Hamburg-Altona und Umgegend. Gewerkschaftsgericht für das Jahr 1911/12. Selbstverlag.

Das Organisationsrecht der Arbeitnehmer. Referat, gehalten 1912 am 1. Parteitag der demokratischen Vereinigung in Nürnberg von Rechtsanwalt Dr. Gelpert. Verlag der demokratischen Verlagsanstalt Berlin-Schöneberg. Preis 15 Pf.

